E&W

Erziehung & Wissenschaft 10/2021
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

5 PROZENT MEHR GEHALT – MINDESTENS 150€

Tarifrunde öffentlicher Dienst Länder 2021

TARIFRUNDE 2021

#DASGEWINNENWIR

FRANK WERNEKE

Foto: Kay Herschelmann

5 Prozent mehr Gehalt

Ob in der Justiz und bei der Polizei, in den Verwaltungen, an den Schulen und Hochschulen, im Straßenbau, Küstenschutz oder in den Unikliniken der Länder – die Beschäftigten im öffentlichen Dienst garantieren mit ihrer Arbeit, dass unsere Gesellschaft gut und sicher durch die Pandemie kommt. Dafür können die 2,5 Millionen Beschäftigten der Länder zu Recht Wertschätzung und auch eine finanzielle Anerkennung ihrer Leistung erwarten. Gehaltssteigerungen sind außerdem angesichts steigender Preise zwingend notwendig.

Für die Tarif- und Besoldungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) – mit dem Land Hessen, das nicht Mitglied in der TdL ist, verhandeln wir separat – haben die Gewerkschaften am 26. August die Forderungen beschlossen: 5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber monatlich 150 Euro mehr bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Abweichend davon sollen Beschäftigte im Gesundheitswesen im öffentlichen Dienst der Länder 300 Euro und Auszubildende 100 Euro mehr im Monat erhalten.

Gute Arbeitsbedingungen und ein gutes Gehalt sind die Voraussetzung dafür, dass der öffentliche Dienst auch in Zukunft Fachkräfte halten und gewinnen kann. Deshalb sind Verbesserungen insbesondere für den Nachwuchs und die Beschäftigten im Gesundheitswesen wichtig. Angesichts einer steigenden Inflation geht es um den Erhalt von Kaufkraft für alle Beschäftigten der Länder. Deshalb kommt der Forderung nach einem Mindestbetrag von 150 Euro eine besondere Bedeutung zu. Steigende Preise treffen Beschäftigte mit mittleren und eher niedrigen Einkommen besonders hart. Wie viele Beschäftigungsbereiche in Krisenzeiten unverzichtbar sind, haben uns die vergangenen eineinhalb Jahre deutlich vor Augen geführt. Das muss auch honoriert werden!

Zukunftsweisend wäre außerdem, wenn studentische Beschäftigte an den Hochschulen endlich einen Tarifvertrag erhielten. Daher wollen wir mit der TdL über den Einstieg in Tarifverhandlungen zu einheitlich geregelten Arbeitsbedingungen für die studentischen Beschäftigten verhandeln, die bisher aus dem Geltungsbereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) ausgeschlossen sind.

Einfach wird das alles nicht. Die Arbeitgeber verweisen auf „leere Kassen“ und die Schuldenbremse. Sie glauben daran, angesichts der Finanzierungsdefizite infolge der Bekämpfung der Corona-Krise auch die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite zu haben. Dagegen müssen wir argumentieren! Und gesellschaftliche Mehrheiten für uns schaffen. Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben das gleiche Recht auf gute Bezahlung wie alle anderen auch. Außerdem war es 2009 eine Entscheidung der Mehrzahl der Abgeordneten, die Schuldenbremse – gegen den Widerstand der Gewerkschaften – ins Grundgesetz aufzunehmen. Ebenso wäre es eine politische Entscheidung, sie wieder abzuschaffen oder zumindest zu lockern, um Spielräume für Zukunftsausgaben zu gewinnen. Denn die Schuldenbremse ist zu einer Investitions- und Zukunftsbremse geworden.

Schwieriger noch macht die Tarifrunde eine Kampfansage der TdL, die das gesamte Eingruppierungssystem betrifft. Die TdL will den Arbeitsvorgang zum Kernthema der Tarif- und Besoldungsrunde machen. Der Arbeitsvorgang ist die Grundlage der Arbeitsplatzbewertung und dient seit vier Jahrzehnten als Orientierung bei der Eingruppierung. Wenn wir uns auf die Richtung einlassen, die die TdL fordert, würden Tür und Tor geöffnet für eine niedrigere Eingruppierung von Zehntausenden Kolleginnen und Kollegen. Die Tarif- und Besoldungsrunde können wir nur gemeinsam erfolgreich gestalten. Schon die Abwehr des Angriffs auf die Eingruppierung wird Kraft kosten. Für mich ist klar: Hände weg vom Arbeitsvorgang, für eine Verschlechterung der Eingruppierung stehen wir nicht zur Verfügung. Wir kämpfen stattdessen für eine erfolgreiche Durchsetzung unserer Forderungen. Gemeinsam.

Frank Werneke,
ver.di-Vorsitzender

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
5 Prozent mehr Gehalt — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Tarifrunde öffentlicher Dienst Länder 2021
1. Tarifrunde mit schwierigem Verhandlungspartner TdL: Gebt uns fünf! — Seite 6
2. Berichte aus dem Berufsalltag: „Der Job ist zu schlecht bezahlt“ — Seite 10
3. Berliner Erzieher berichten: „Wir tragen eine enorme Verantwortung“ — Seite 14
4. Kürzung der öffentlichen Ausgaben: Gefährliche Scheinlösung — Seite 16
5. Imran Ayata, Agentur Ballhaus West: Eine hochpolitische Angelegenheit — Seite 18

Bildungspolitik
1. Ganztagsgrundschulbildung: Konservative auf dem Rückzug — Seite 20
2. Bürgerrat Bildung und Lernen: Gekommen, um zu bleiben — Seite 22
3. DGB-Kongress zur Bildungspolitik: Mehr Gleichheit durch mehr Ungleichheit — Seite 28

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren — Seite 23

Medien
1. Filmrezension „Ein nasser Hund“: Ein Drahtseilakt — Seite 27
2. Manifest von Medienfachleuten: „Wir fordern ein soziales Internet“ — Seite 30
3. Projekt „Journalismus macht Schule“: Den richtigen Ton getroffen — Seite 38

Hochschule und Forschung
1. Jüdische Studierende: Ein Stück Heimischkeit — Seite 32
2. Twitter-Initiative #IchBinHanna: Dauerstellen schaffen! — Seite 34

Gesellschaftspolitik
Interview mit Umweltethiker Prof. Markus Vogt: Weniger ist das neue Mehr — Seite 36

Internationales
Haitis desolates Bildungswesen: Magnet für Ausbeutung — Seite 40

GEW-Intern
1. Biografie über Erich Frister: Geprägt durch den Antikommunismus — Seite 42
2. Nachruf auf Heiko Gosch: Der Anpackende — Seite 43

Mitgliederforum — Seite 44

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 73. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Maike Finnern
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann GmbH
Kurhessenstraße 14
60431 Frankfurt am Main

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter
www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Aktuelle Infos zur Corona-Pandemie
www.gew.de/corona

Weniger Hochschulabsolventen

Wegen der Corona-Pandemie haben deutlich weniger Menschen ihr Hochschulstudium abgeschlossen. Im Prüfungsjahr 2020 erwarben nur rund 477.000 Studierende einen Abschluss an den deutschen Hochschulen, wie das Statistische Bundesamt Anfang September mitteilte. Das waren 6 Prozent weniger als im Vorjahr. Mit einer Ausnahme im Jahr 2018 war die Zahl der Hochschulabschlüsse seit 2001 kontinuierlich gestiegen. Die Absolventenzahlen sanken in allen Bundesländern. Den stärksten Rückgang gab es in Berlin mit minus 12 Prozent, den geringsten in Nordrhein-Westfalen mit minus 3 Prozent. Die Hälfte aller Hochschulabschlüsse im Jahr 2020 waren Bachelorabschlüsse, gut ein Viertel Masterabschlüsse. Den stärksten Rückgang gab es der Statistik zufolge bei den Geisteswissenschaften.

Foto: Pixabay/Andrea1597

Coronabedingt ist die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen im vergangenen Jahr gesunken.

Lahmer Digitalpakt

Zwei Jahre nach dem Start des „Digitalpakts Schule“ fließen die Fördergelder aus dem Programm weiterhin nur langsam ab. Zum Stichtag 30. Juni waren von dem mittlerweile auf 6,5 Milliarden Euro angewachsenen Fördertopf des Bundes 852 Millionen Euro abgerufen. Beantragt und bewilligt, aber noch nicht abgerufen waren rund 1,4 Milliarden Euro. Das geht aus dem halbjährlichen Bericht des Bundesbildungsministeriums hervor, der die Rückmeldungen der Länder zum Abruf der Gelder zusammenfasst. Der Digitalpakt ist ein großes Förderprogramm zur digitalen Modernisierung der Schulen, das von Mai 2019 bis 2024 läuft. Der Bund hatte zunächst fünf Milliarden Euro bereitgestellt für digitale Lernplattformen, den Aufbau eines schuleigenen WLAN und für die Anschaffung interaktiver Tafeln (Smartboards). Im Zuge von Corona wurde das Förderprogramm dreimal aufgestockt: 500 Millionen Euro für Laptops für bedürftige Schülerinnen und Schüler, 500 Millionen für Geräte für Lehrkräfte und 500 Millionen für Schuladministratoren. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) und brandenburgische Bildungsministerin, Britta Ernst (SPD), hat sich für eine Fortsetzung des „Digitalpakts Schule“ ausgesprochen. Wenn man einen ähnlichen Stand bei der Digitalisierung erreichen wolle wie die Vorzeigeländer Dänemark oder Estland, brauche man eine Verstetigung, sagte die Politikerin Ende August.

Berufsverbote aufarbeiten

Wenige Monate vor dem 50. Jahrestag des sogenannten Radikalenerlasses, in dessen Folge in der alten Bundesrepublik mehr als 1.000 Menschen entweder nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt oder entlassen wurden, hat das Berliner Abgeordnetenhaus Anfang September einen Antrag von SPD, Grünen und Linke mit dem Titel „Folgen des Radikalenerlasses in Westberlin anerkennen – Schicksale aufarbeiten, Betroffene rehabilitieren“ angenommen. Viele Menschen hätten „persönliche und materielle Nachteile hinnehmen“ müssen, heißt es in dem Papier. Der Senat wird aufgefordert, die bis in die 1980er-Jahre hinein erteilten Berufsverbote wissenschaftlich aufzuarbeiten und dem Abgeordnetenhaus bis Ende April Bericht zu erstatten.
Unter www.berufsverbote.de hat der „Bundesarbeitsausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte“ den Aufruf „50 Jahre Berufsverbote – Demokratische Grundrechte verteidigen!“ gestartet, der online mitgezeichnet werden kann.

Semesterstart an der Beruflichen Hochschule

Die Berufliche Hochschule Hamburg (BHH) ist ins erste Studienjahr gestartet. Ende August begrüßte die neu geschaffene Bildungseinrichtung die ersten 100 Studierenden. Das Konzept der BHH ist in dieser Form in Deutschland bislang einmalig (s. E&W 9/2020 und 5/2021). Der neue Ansatz verzahnt duale Berufsausbildung und akademisches Studium an drei Lernorten: Ausbildungsunternehmen, Berufsschule und BHH. Zur Wahl stehen fünf Bildungsgänge. Drei kaufmännische Ausbildungsberufe sind mit einem betriebswirtschaftlichen Studium verbunden: Industriekaufleute, Bankkaufleute sowie Kaufleute für Marketingkommunikation. Der Ausbildungsberuf zur Fachinformatikerin oder zum Fachinformatiker wird in Kombination mit einem Informatikstudium angeboten. Handwerkliche oder gewerblich-technische Berufsausbildungen lassen sich mit dem Studiengang BWL – Management von kleinen und mittleren Unternehmen verbinden.

Hinweis

Nach Veröffentlichung des Interviews mit der Schulexpertin und ehemals GEW-Vorstandsmitglied Marianne Demmer zu ihrer Broschüre „1920–2020. Schulreform in Deutschland. Eine (un)endliche Geschichte“ in der E&W 9/2021 (Seite 20 f.) erreichten die Redaktion Anfragen, wie man die Broschüre erhalten kann. Die von mehreren Organisationen, darunter federführend die GEW, im Rahmen der Schriftenreihe „Eine für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“ herausgegebene Broschüre kann auf der GEW-Website unter www.gew.de/inklusion/eine-schule-fuer-alle heruntergeladen oder als Print-Exemplar über die Mail-Adresse broschueren@gew.de bzw. auf gew-shop.de (Mindestbestellmenge: fünf Exemplare, Preis pro Exemplar: fünf Euro) bestellt werden.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine Gewürzreibe von Zassenhausen.*

Prämie des Monats Oktober:

Gewürzreibe von Zassenhausen

Grob oder fein? Wir haben es in der Hand – mit der Gewürzreibe aus massivem Gusseisen. Das Mahlgut kann anschließend im Mahlkonus mit dicht schließendem Deckel aus Buchenholz aufbewahrt werden.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Oktober 2021/Gewürzreibe von Zassenhausen

Die Gewerkschaften haben mit ihrer Forderung nach mehr Gehalt die Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder eröffnet. Jetzt sind die Arbeitgeber am Zug.

Foto: Imago/Panthermedia

Gebt uns fünf!

// In der laufenden Tarif- und Besoldungsrunde fordern die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Lohnsteigerung um 5 Prozent, mindestens aber 150 Euro. Doch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), der Arbeitgeberverband der 15 beteiligten Bundesländer, ist ein schwieriger Verhandlungspartner. //

Am 8. Oktober startete die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder. Die GEW fordert gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften eine Lohnsteigerung um 5 Prozent, mindestens 150 Euro. Der Tarifvertrag soll ein Jahr laufen. Die Länder-Tarifrunde bestimmt für die Mehrzahl der GEW-Mitglieder, was in der nächsten Zeit in ihrem Portemonnaie ankommt: Direkt für die Tarifbeschäftigten im Landesdienst, die nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) bezahlt werden; indirekt für die Beamtinnen und Beamten der Länder einschließlich der pensionierten Kolleginnen und Kollegen – die Gewerkschaften fordern, wie in jeder Tarifrunde, den Tarifabschluss zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldungstabellen zu übertragen. Es geht also um fast alle Beschäftigten an Schulen und Hochschulen, um Erzieherinnen und Erzieher in Berlin sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im Landesdienst.

Doch was kann, was soll eine Tarifrunde in unsicheren Zeiten leisten? In der aktuellen Situation ist nur eines sicher: dass es immer anders kommt als man denkt. Die Inflation fährt Achterbahn, die Börse schreibt Rekorde, während viele Firmen weiter unter den Folgen der Corona-Pandemie, Lieferengpässen und den hohen Rohstoffpreisen leiden. Und niemand weiß, wie die Pandemie sich weiter entwickelt und welche Einschränkungen noch zu erwarten sind. Sicher ist, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch in den vergangenen eineinhalb Jahren vollen Einsatz gezeigt und so den Laden am Laufen gehalten haben. Dafür verdienen sie Anerkennung, die sich auch in der Lohnentwicklung widerspiegeln muss. 5 Prozent mehr Gehalt, das ist vor diesem Hintergrund alles andere als unverschämt.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und ihre Mitglieder haben in der Tarifrunde mit Bund und Kommunen im Herbst 2020 gezeigt, dass sie verantwortungsvolle Tarifpartner sind. Mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) war es möglich, trotz Corona und einer mit aller Härte geführten Tarifrunde, am Ende ein Ergebnis zu erzielen, das die öffentlichen Haushalte nicht überlastet, den Beschäftigten aber eine spürbare Lohnentwicklung sichert. In volkswirtschaftlich unsicheren Zeiten ist ein öffentlicher Dienst, der eine an langfristigen Indikatoren orientierte Lohnentwicklung vereinbart, ein nicht zu unterschätzender Stabilisierungsfaktor.

Arbeitgeber spielen auf Zeit

Leider haben es die Gewerkschaften jetzt mit der TdL, in der alle Bundesländer außer Hessen vertreten sind, und damit mit einem sehr viel schwierigeren Verhandlungspartner zu tun. Die Länder haben von allen öffentlichen Arbeitgebern die höchste Personalkostenquote, darunter überdurchschnittlich viele hoch qualifizierte und entsprechend gut bezahlte Beschäftigte. Und sie haben sich selbst unterschiedlich ausgestaltete Schuldenbremsen verordnet, die ihre Spielräume in und nach der Corona-Pandemie erheblich einengen. Da jedes Bundesland alleine für die Gehälter seiner Beschäftigten aufkommen muss, schieben die Arbeitgeber gerne das schwächste Glied der Kette vor. Ohnehin verschanzen sich die Landespolitiker in tarifpolitischen Fragen gerne hinter ihrem Arbeitgeberverband TdL. Und dieser bewegt sich nicht, weil dort nicht die politisch Verantwortlichen, sondern hauptamtliche Technokraten (und sehr wenige Technokratinnen) aus den Ministerien das Wort führen.

So stockt seit Jahren die Weiterentwicklung des TV EntgO-L, des Tarifvertrags für eine Entgeltordnung der Lehrkräfte. Schon kurz nach der Unterschrift unter den TV EntgO-L 2017 hatte die GEW eine Liste mit notwendigen Verbesserungen vorgelegt. Doch die Arbeitgeber schieben das Thema immer wieder auf die lange Bank. Erst hieß es, das könne man nur im Rahmen einer Tarifrunde lösen. Während der Tarifrunde 2019 hieß es dann wiederum, das sei alles viel zu komplex, um während einer Lohnrunde zu einem Ergebnis zu kommen. Immerhin verpflichtete sich die TdL damals, nach Abschluss der Tarifrunde Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen. Seither spielt die TdL aber weiterhin auf Zeit: Sie sagt Termine ab und weigert sich seit mehr als einem Jahr, mit der GEW zu verhandeln – mit der Begründung, die Gewerkschaften würden ihrerseits beim Thema „Arbeitsvorgang“ nicht einlenken.

>>>

Grafik: Ballhaus West

>>> Das Thema „Arbeitsvorgang“ hat mit den offenen Fragen bei der Lehrkräfteeingruppierung nichts zu tun, es ist vielmehr ein Angriff der Arbeitgeber auf einen Grundpfeiler des Eingruppierungsrechts im öffentlichen Dienst. Grundsätzlich gilt: Je „höherwertiger“ eine Tätigkeit, desto höher die Entgeltgruppe, das heißt desto höher das Gehalt. In jahrzehntelang gefestigter Rechtsprechung haben die Arbeitsgerichte geurteilt, dass für die Feststellung, ob eine höherwertige Tätigkeit in dem für eine höhere Entgeltgruppe erforderlichen Umfang ausgeübt wird, Arbeitsvorgänge nicht beliebig aufgespalten werden dürfen. Kurz gesagt: Wenn ich ein Rechtsgutachten erstelle (= komplexe Tätigkeit), muss ich dafür auch meinen Computer hochfahren, Bücher raussuchen und den Kopierer bedienen (= einfache Tätigkeiten). Das gehört aber alles zu einem Arbeitsvorgang. Das passt den Arbeitgebern nicht. Denn in modernen Verwaltungen gibt es nicht mehr die althergebrachte Struktur mit einem Chef und vielen Sekretärinnen (sic!). Viele einfache Tätigkeiten wurden wegrationalisiert, und die meisten Kolleginnen und Kollegen übernehmen auch höherwertige Aufgaben. Dadurch kommt es zu einer Vielzahl von Höhergruppierungen – im Länderbereich vor allem in den Justizverwaltungen.

Doch statt sich der veränderten Wirklichkeit zu stellen und hierfür in den Verhandlungen an maßgeschneiderten Lösungen zu arbeiten, hatte die TdL bereits 2019 einen ersten Versuch unternommen, um zum Generalangriff auf die Definition des Arbeitsvorgangs in Paragraf 12 TV-L zu blasen. Ihr Ziel: zu verhindern, dass die immer komplexere Arbeitswelt sich in höheren Eingruppierungen niederschlägt. Nachdem das 2019 erfolglos war, versuchen die Arbeitgeber in diesem Jahr erneut, eine Neuformulierung des „Arbeitsvorgangs“ zur Bedingung für einen Gehaltsabschluss zu machen. Das würde sich in letzter Konsequenz auf den gesamten öffentlichen Dienst auswirken und kann von den Gewerkschaften auf keinen Fall hingenommen werden.

Leistung muss sich lohnen

Klatschen allein reicht nicht! Das gilt auch für die Beschäftigten in Schule, Hochschule und Kita. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes der Länder fordern daher 5 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 150 Euro. „In gut eineinhalb Jahren Corona-Krise haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gezeigt, dass sie und ihre qualifizierte Arbeit unverzichtbar sind. Die Lehrkräfte beispielsweise haben – trotz mangelhafter Rahmenbedingungen wie bei der digitalen Ausstattung der Schulen und des Fachkräftemangels – mit großem Engagement dafür gesorgt, dass die Schülerinnen und Schüler so viel und so guten Unterricht wie möglich erhalten haben. Dafür haben sie neue Unterrichtsformate und -konzepte entwickelt und mit viel Kreativität Schule gemacht. Diese Leistungen sollen sich auch in Euro und Cent niederschlagen, die Gehälter müssen spürbar steigen. Das gilt auch für die Lehrenden an Hochschulen und sozialpädagogische Fachkräfte“, sagte GEW-Vorsitzende Maike Finnern Ende August während der Pressekonferenz zur Bekanntgabe der Tarifforderungen der Gewerkschaften. „Die Inflation nimmt an Fahrt auf. Wir wollen, dass die Reallöhne der Beschäftigten steigen. Wenn die Haushalte mehr Geld zur Verfügung haben, stärkt das auch die Binnennachfrage in Deutschland.“

Um dem Lehrkräftemangel erfolgreich entgegenzusteuern, müsse der öffentliche Dienst attraktiver werden, so Finnern weiter: „Dazu gehören nicht zuletzt eine gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Die Schulen brauchen etwa für den Wechselunterricht und kleinere Klassen mehr Lehrkräfte.“ Sie machte deutlich, dass sich die GEW weiter für die vollständige Paralleltabelle einsetze, die eine bessere Eingruppierung für viele angestellte Lehrerinnen und Lehrer unterhalb der Entgeltgruppe 13 und damit mehr Gehalt bringen würde. Zudem erwarte die GEW, dass Verhandlungen für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte aufgenommen werden. ur, jam

Eine weitere Herausforderung der Länder-Tarifrunde 2021 sind die Folgen der Corona-Pandemie. Die Verhandlungsführer der TdL sind Finanzminister, die in den vergangenen anderthalb Jahren unerwartet viele Schulden aufnehmen mussten. Denn zur Krisenbewältigung hat die Politik ein erfreulich weitsichtiges Verhalten an den Tag gelegt: klotzen statt kleckern, keine Versuche, der Krise hinterher zu sparen, sondern Stabilisierung der Nachfrage durch umfangreiche Corona-Hilfen.

Krise bewältigen

Es steht allerdings zu befürchten, dass sie – unter der Federführung der „Tarifexperten“ der TdL – genau diese Lektion wieder vergessen haben, wenn sie in den drei geplanten Verhandlungsrunden den Spitzen der Gewerkschaften gegenübersitzen. Dabei kann es angesichts der schieren Größenordnung der coronabedingten Neuverschuldung nicht überzeugen, sich ausgerechnet bei ein oder zwei Lohnprozenten plötzlich zugeknöpft zu geben. Viel wichtiger wäre das psychologische Signal eines guten Abschlusses in den Ländern: Der Staat denkt langfristig, er weiß um die Notwendigkeit eines funktionierenden öffentlichen Dienstes, er tut etwas, um gute Leute zu halten und noch mehr gute Beschäftigte zu gewinnen.

Die Privatwirtschaft hat die staatlichen Hilfen – wie schon in früheren Krisen – gerne genommen, ohne sich ihrerseits zum Beispiel zu verpflichten, Arbeitsplätze zu erhalten. Dort stehen die Gewerkschaften jetzt teilweise mit dem Rücken zur Wand. Dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst fällt deshalb auch die Rolle eines Stabilisators zu: für die Lohnentwicklung, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Nur so kann eine Rückkehr zur Normalität gelingen (siehe auch Beitrag von Sebastian Dullien, Seite 16 f.).

Gesa Bruno-Latocha und Oliver Brüchert, Referentin und Referent im GEW-Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik

www.gew.de/dasgewinnenwir

So funktionieren Tarifverhandlungen

Grafik: www.polyfuchs.com

„Der Job ist zu schlecht bezahlt“

// In der aktuellen Tarifrunde wird über Gehaltserhöhungen für die rund zwei Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder verhandelt. Alle haben wichtige Gründe, warum sie in diesem Herbst für ein Lohnplus einstehen. Vier Kolleginnen und Kollegen erzählen aus ihrem Berufsalltag. //

Michael Hoyer ist Lehrer für Deutsch und Englisch am Chemnitzer Schulmodell, einer 1990 gegründeten Ganztagsschule für Grund- und Oberschüler. Lehrkräfte werden an der staatlichen Gemeinschaftsschule mit 500 Schülerinnen und Schülern vor allem als pädagogische Begleiter gesehen, Noten erst ab Klasse 8 vergeben. Der 34-Jährige, der seit sieben Jahren zum Team gehört, unterrichtet die 5. bis 10. Klassen mit Leidenschaft und engagiert sich im Lehrerbezirkspersonalrat. Doch seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie erfüllt der Familienvater noch einen Drittjob: als Administrator und Betreuer für den Online-Unterricht. Über die GEW hat er erst Schulungen für sich selbst absolviert, danach viele Kolleginnen und Kollegen weitergebildet. „Jetzt weiß ich, wie es funktioniert – aber es braucht viel Eigeninitiative, um so weit zu kommen“, sagt Hoyer.

Nach anderthalb Jahren mit der Doppelbelastung von Online- und Präsenzunterricht, Extraaufgaben, Online-Elternabenden und Motivationstiefs im Homeschooling, nach dem Ausstaffieren seines Arbeitszimmers mit Webcam, Mikro und Vorhängen und nach den Administrationskursen findet er, ist es Zeit für eine Geste des Arbeitgebers, des Freistaats Sachsen. „Ein finanzieller Ausgleich für diese Arbeit wäre ein wichtiges Signal: ein Zeichen des Dankeschöns und der Anerkennung“, sagt Hoyer. Mit einem Gehaltsplus schaffe man auch eine zusätzliche Motivation, um Nachwuchskräfte nach dem Referendariat für den Schuldienst in Sachsen zu gewinnen. „In einigen Mangelregionen sowie im Oberschul- und Förderbereich ist die Lage noch immer katastrophal, teilweise kann kaum der Grundbereich abgedeckt werden“, erzählt er. „Die Politik muss endlich gegensteuern.“

Foto: Sebastian Willnow

Nach anderthalb Jahren mit der Doppelbelastung von Online- und Präsenzunterricht in der Corona-Pandemie sei es Zeit für eine Geste des Arbeitgebers, des Freistaats Sachsen, meint Lehrer Michael Hoyer. „Ein finanzieller Ausgleich für diese Arbeit wäre ein wichtiges Signal: ein Zeichen des Dankeschöns und der Anerkennung.“

Spürbares Lohnplus

Hoyer ist einer von rund zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder, die auf ein spürbares Lohnplus in den Tarifverhandlungen in diesem Herbst setzen. Die GEW fordert mit anderen Gewerkschaften 5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 150 Euro. Laufzeit des Tarifvertrags: ein Jahr. Die erste Verhandlungsrunde startete am 8. Oktober in Berlin

Foto: Michael Löwa

Katharina Voge arbeitet an einer Grund- und Förderschule in Niedersachsen. Die Ergotherapeutin findet sich am unteren Ende der Gehaltsgruppen des Bildungsbereichs wieder. „Der Frust, dass unsere Arbeit nicht honoriert wird, ist riesengroß", erzählt sie. „Die Kollegen und Kolleginnen sagen: Es reicht!"

Foto: Marcus Dewanger

Hinnerk Thür arbeitet als Uni-Dozent. Höhere Gehälter seien gerade für befristet beschäftigte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dringend nötig: „Angesichts der Entwicklung von Reichtum und Vermögen in Deutschland ist die Forderung der Gewerkschaften keineswegs unpassend."

(nach Drucklegung der E&W), weitere Runden sind für November geplant (s. Seite 6 ff.) „In gut eineinhalb Jahren Corona-Krise haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gezeigt, dass sie und ihre qualifizierte Arbeit unverzichtbar sind", sagt die GEW-Vorsitzende Maike Finnern. „Ihre Leistungen sollen sich auch in Euro und Cent niederschlagen."

Gehaltsabstand verringern

Dieser Ansicht ist auch Katharina Voge. Sie hat aber noch ein anderes Problem. Sie ist Ergotherapeutin an einer Schule in Nienburg an der Weser und kümmert sich um die Gesundheit vieler Schülerinnen und Schüler – aber sie findet sich am unteren Ende der Gehaltsgruppen des Bildungsbereichs wieder. „Unsere Profession ist deutlich von anderen abgekoppelt", sagt Voge. „Wir gehören in Niedersachsen nicht zur S-Tabelle für den Sozial- und Erziehungsdienst der Länder und werden auch von dynamischen Zulagen abgekoppelt. Unser Job ist einfach zu schlecht bezahlt." Je nach Erfahrungsstufe könnten die Unterschiede zu den pädagogischen Fachkräften bis zu 500 Euro brutto im Monat ausmachen, sagt sie. Bei ihr selbst seien es mindestens 400 Euro brutto.

Dabei blickt die 46-Jährige auf viele Jahre Berufserfahrung zurück: Nach dem Berufseinstieg in einer Ergotherapie-Praxis arbeitet sie seit bald 20 Jahren im Förderschulbereich mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung, seit 2020 an der Alpheide-Grundschule mit Förderschulzweig Körperliche und Motorische Entwicklung. Zudem kümmert sie sich seit fünf Jahren als Schulbezirkspersonalrätin um viele Kolleginnen und Kollegen. „Die vollständige Entgrenzung der Arbeitszeit und Dauerüberforderung, besonders seit der Pandemie, belasten die Kollegien massiv", sagt sie.

Als Ergotherapeutin habe sie sich trotzdem für den Job an der Schule entschieden. „An einer Schule kann ich die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ganzheitlicher begleiten als in einer Praxis", erzählt sie. Häufig sei sie im Unterricht dabei und helfe, die Bedingungen an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler besser anzupassen. „Wir

>>>

>>> schaffen eine wichtige Basis dafür, dass die Kinder und Jugendlichen aktiv am Schulgeschehen teilnehmen können“, sagt Voge.

Am Gehalt bekommen sie und ihre Berufskollegen diese wichtige Aufgabe nicht zu spüren – sie sehen sich im Vergleich zum übrigen Schulteam benachteiligt. „Der Frust, dass unsere Arbeit nicht honoriert wird, ist riesengroß“, erzählt sie. „Die Kollegen und Kolleginnen sagen: Es reicht! Bei Therapeutinnen und Therapeuten muss sich dringend etwas ändern, um die Attraktivität des Berufs zu steigern.“ Hinzu kommt: Der Bund und die Kommunen zahlten bessere Gehälter als die Länder. „Diesen Abstand müssen wir verringern“, sagt Voge. Schon deshalb seien die Forderungen der Gewerkschaften absolut gerechtfertigt.

Engagement wertschätzen

Frust herrscht auch an den Hochschulen im Heer der zahllosen befristet beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Menschen wie Hinnerk Thür in Flensburg. Der 29-Jährige hat einen Master of Education in Musik und Philosophie, derzeit promoviert und arbeitet er als Dozent am Seminar für Medienbildung an der Europa-Universität. Schon als Student engagierte er sich in der GEW und leitet seit 2017 die Fachgruppe Hochschule und Forschung in Schleswig-Holstein. „Die meisten Nachwuchswissenschaftler schlagen sich mit befristeten Teilzeitverträgen von 50, 60 oder 75 Prozent durch, sie arbeiten aber Vollzeit und darüber hinaus – besonders seit Corona“, sagt Thür. Höhere Gehälter seien daher dringend nötig und absolut berechtigt: „Angesichts der Entwicklung von Reichtum und Vermögen in Deutschland ist die Forderung der Gewerkschaften keineswegs unpassend.“

Thür hat nur eine Qualifizierungsstelle mit 50 Prozent bekommen und stockt mit einem weiteren Vertrag an der Hochschule auf. Wenn sein jetziger Vertrag erneut nach drei Jahren auslaufe, gebe es keine Fortsetzung mehr, und er müsse wohl aus Flensburg wegziehen. Eine erhoffte Familiengründung sei für viele Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler unter diesen Bedingungen ein Vabanque-Spiel. Außerdem legt der Doktorand besonderen Wert darauf, dass endlich einheitliche Tarife für studentische Beschäftigte eingeführt werden. „Zurzeit haben wir keinen Tarifvertrag, an jeder Hochschule gelten andere Stundensätze, in Flensburg liegen sie nicht viel über dem Mindestlohn“, sagt Thür. „Dieser Flickenteppich muss beendet werden.“

Um mehr Gerechtigkeit geht es auch Ingeborg Schüler, Lehrerin für Mathe, Sport und andere Fächer an einer Schule in Stuttgart. „Keine Lehrkraft arbeitet nur die Anzahl der Stunden, die im Vertrag steht – sie alle leisten deutlich mehr“, sagt die 60-Jährige, die 26 Jahre Berufserfahrung auf dem Buckel hat. In der Pandemiezeit habe sie sich sehr intensiv um ihre Abschlussklasse gekümmert, um Impfungen und Testungen, um Prüfungsvorbereitungen und Elterngespräche. „Gerade das vergangene Schuljahr war extrem anstrengend“, sagt Schüler. „Nun fehlt eine Anerkennung der Politik. Wenn diese Wertschätzung nur finanziell möglich ist, dann erwarte ich eben eine deutliche Gehaltserhöhung.“ Dafür engagiert sich Schüler nun im Tarifteam der GEW. „Ich will“, sagt sie, „etwas für die jungen Kolleginnen und Kollegen tun.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Foto: Christoph Bächtle

„Gerade das vergangene Schuljahr war extrem anstrengend“, sagt Lehrerin Ingeborg Schüler aus Baden-Württemberg. „Nun fehlt eine Anerkennung der Politik. Wenn diese Wertschätzung nur finanziell möglich ist, dann erwarte ich eben eine deutliche Gehaltserhöhung.“

VORTIV.DE
VOR ORT AKTIV

Die Serviceplattform für kommunale Alkoholprävention

Hotline 08000 86 78 48

VORTIV – VOR ORT AKTIV

Die Serviceplattform für kommunale Alkoholprävention

Gemeinsam sind wir stärker: Wir unterstützen Sie bei Ihrer Präventionsarbeit – aktiv vor Ort und digital. Auf www.vortiv.de finden Sie bundesweite Angebote, zahlreiche Materialien und den direkten Kontakt zur individuellen Beratung.

Besuchen Sie uns unter www.vortiv.de oder nutzen Sie unsere Beratungshotline 08000 86 78 48

www.vortiv.de

ALKOHOL? Kenn dein Limit.

BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

PKV Verband der Privaten Krankenversicherung

„Wir tragen eine enorme Verantwortung“

// Bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder geht es auch um Tausende Erzieherinnen und Erzieher an Kitas und Grundschulen in Berlin. Zwei Kollegen berichten, warum ein deutliches Gehaltsplus auch für diese Berufsgruppe notwendig ist. //

„Gemeinsam packen wir‘s“

Jochen Hoffert, 33, Erzieher an einer Grundschule in Berlin-Neukölln

„Die Ausbildung zum Erzieher habe ich berufsbegleitend gemacht, in einer privaten Kita in Marzahn-Hellersdorf. 60 Kinder, vier Tage Kita, ein Tag Berufsschule mit viel praxisnaher Reflexion und der nötigen Theorie. Für mich war das ein perfekter Mix, auch weil ich im berufsbegleitenden Modell mehr Geld verdient habe als in einer Kompaktausbildung. Nach der Ausbildung habe ich fünf Jahre lang in der Kita gearbeitet. Trotz meiner Erfahrungen wurde ich bei meinem nächsten Job wieder in die Grundstufe eingeordnet, weil im öffentlichen Dienst Zeiten bei einem privaten Träger nicht anerkannt werden. Als Erzieher an einer Neuköllner Grundschule bin ich nun Angestellter des Landes Berlin und verdiene 1.971 Euro netto im Monat. Ich finde das ungerecht. Ich bin doch kein Neuling mehr.

Fotos: Kay Herschelmann

Jochen Hoffert

Ich bin extra in einen Brennpunktkiez gegangen, weil ich etwas für Kinder tun möchte, denen es nicht gut geht. Ich unterstütze sie beim Lernen, kläre Konflikte, biete Arbeitsgemeinschaften zu Demokratiebildung oder Umwelt an. Vor allem aber merke ich im Alltag immer wieder, wie wichtig es gerade für Kinder aus schwierigen Verhältnissen ist, für sie da zu sein, ihnen Zutrauen zum Leben zu vermitteln. Aber wo bleibt die Anerkennung dafür?

Eine Einmalzahlung für unseren Einsatz in der Corona-Zeit ist ganz nett, aber verändert nichts. Wir brauchen dauerhaft mehr Geld im Portemonnaie. Es ist in Ordnung, sich für die Arbeit das Futter aus dem Jackett zu reißen, aber es darf nicht sein, dass wir dann jeden Cent umdrehen müssen. Ein Kinobesuch mit der Familie oder ein extra Kaffee muss doch mal drin sein. Meine Partnerin und ich bekommen in den nächsten Wochen das zweite Kind; wir brauchen daher eine größere Wohnung. Wovon sollen wir das bezahlen? 150 Euro mehr Gehalt im Monat wären eine große Erleichterung.

Ich versuche jeden Tag, Kollegen und Kolleginnen für unseren Arbeitskampf zu gewinnen, verteile Flyer und hänge Plakate auf. Viele bekommen nicht mit, was die Gewerkschaften machen. Und leider ist die Skepsis groß. ‚Bringt eh nichts‘, sagen die einen. ‚Wir können den Unterricht nicht ausfallen lassen‘, argumentieren die anderen. Viele scheuen sich, selbstbewusst aufzutreten. Der persönliche Kontakt bringt am meisten, wenn der Funke überspringt, kommt etwas in Bewegung. Gemeinsam packen wir´s. Diesmal wollen vermutlich zehn bis 15 Leute an unserer Schule mitmachen, beim letzten Streik waren es vier.“

„Mehr Anerkennung!“

Ayodele Olowolafe, 44, Erzieher im Eigenbetrieb Südwest, Berlin-Lichterfelde

„Ich suche gerade einen Standort für ein Streikcafé, spreche, wann immer möglich, Kolleginnen und Kollegen an, poste auf Social Media: Leute, macht mit, das sind unsere Forderungen. Es ist mein erster Arbeitskampf als Personalrat, seit Mai bin ich zuständig für die Kita Eigenbetriebe Südwest in Berlin. Ich merke, wie schwierig es ist, die Fachkräfte zu mobilisieren. ‚Was bringt mir das?‘, sagen viele. Manche denken, naja, wenn die anderen streiken, reicht das ja vielleicht. Viele Fachkräfte sowie Kindheitspädagoginnen und -pädagogen fühlen sich alleingelassen: ‚Neben den Lehrerinnen und Lehrern zählen wir doch nicht.‘

Ich arbeite seit 2018 als Erzieher. Vorher habe ich alles Mögliche gemacht. Konstruktionstechnik, Maschinenbau, Storemanager eines Klamottenlabels, später war ich in der Gastronomie. Wir hatten dort viele Familien zu Gast, und oft wurde mir gesagt: Sie können aber gut mit Kindern umgehen. So habe ich schließlich Kindheitspädagogik studiert. Danach bin ich in einen Eigenbetrieb gegangen, weil ich dort als Festangestellter mehr Sicherheit als

bei einem privaten Träger habe. Ich liebe den Beruf, die Freiheit, gemeinsam mit den Kindern den Tag zu gestalten, ist fantastisch.

Es war immer mein Traum, in der Kita zu bleiben. Wir brauchen mehr Anerkennung. Trotz gegenteiliger Beteuerungen werden Kitas immer noch nicht als Bildungseinrichtungen wahrgenommen. Das merke ich in Elterngesprächen genauso wie in den Äußerungen der Politik. Der Output unserer Arbeit lässt sich eben nicht direkt messen, unsere Bildungspläne haben gerade mal Richtliniencharakter, weit entfernt von fest verankerten Lehrplänen an Schulen.

Dabei tragen wir enorme Verantwortung für die Kinder anderer Familien, und die Ansprüche an uns sind gewaltig. Aber keiner möchte uns unserer Leistung entsprechend bezahlen, wir werden nur artig beklatscht. Das macht mich sehr traurig. Selbst wenn wir es schaffen, die Gehaltsforderung von 5 Prozent durchzusetzen, ist das eigentlich zu wenig. Das Einstiegsgehalt liegt derzeit bei 2.889 Euro brutto. Ich habe einen Studienabschluss, aber das hilft mir in Berlin wenig. Ich werde hier als Erzieher anerkannt, nicht als Kindheitspädagoge. Solange wir nicht alle einen Hochschulabschluss vorweisen können, wird das Argument immer lauten: Euch fehlt die Qualifikation für eine bessere Bezahlung, eine höhere Eingruppierung in den Tarifvertrag.

Ich mache gerade nebenberuflich einen Master in Demokratiepädagogischer Schulentwicklung. Vielleicht gehe ich danach als Quereinsteiger an die Schule. Aber jetzt wünsche ich mir erstmal, dass wir streiken und damit Erfolg haben. Das ist ein Grundrecht in unserer Demokratie, und ich freue mich darauf."

Aufgezeichnet von Anja Dilk,
freie Journalistin

Ayodele Olowolafe

IRAK: Unsere jordanische Kinderärztin Tanya Haj-Hassan untersucht ein Neugeborenes. Mehr als 2.000 Kinder behandelt unser Team jährlich in dem Krankenhaus in West-Mossul. © Peter Bräunig

SCHENKEN SIE GEBORGENHEIT FÜR SCHUTZLOSE MENSCHEN

MIT DER FIRMEN-WEIHNACHTSAKTION VON ÄRZTE OHNE GRENZEN:
Verschenken Sie sinnvolle Kundenpräsente und zeigen Sie damit gleichzeitig Ihr soziales Engagement – mit Spenden für Menschen in Not! Mehr Informationen und Aktionsmaterialien erhalten Sie unter 030 700 130-134 oder unter
www.aerzte-ohne-grenzen.de/weihnachtsspende

DZI Spenden-Siegel Geprüft + Empfohlen!

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE72 3702 0500 0009 7097 00
BIC: BFSWDE33XXX
Stichwort: Unternehmen Weihnachtsspende

2021 UNTERNEHMEN WEIHNACHTS SPENDE

MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.

Gefährliche Scheinlösung

// Während der Corona-Pandemie ist die Verschuldung der öffentlichen Hand gestiegen. Das darf aber kein Grund sein, jetzt Ausgaben zu kürzen. Im Gegenteil. //

Nachdem in den vergangenen 18 Monaten während der Corona-Pandemie bei vielen Hilfsmaßnahmen die Geldfrage eher im Hintergrund stand, machen sich in der Debatte wieder zunehmend Budgetbeschränkungen bemerkbar. Berichte häufen sich, dass insbesondere auf kommunaler Ebene öffentliche Investitionen aus Geldmangel aufgeschoben werden. Bei den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), die am 8. Oktober begonnen haben, weisen die Arbeitgeber zunehmend auf die leeren Kassen nach der Pandemie hin.

Und tatsächlich wirken die Zahlen zu Finanzen und Verschuldung auf den ersten Blick durchaus erschreckend. Der öffentliche Schuldenstand ist von unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2019 auf mehr als 70 Prozent im laufenden Jahr gestiegen. 2021 wird das gesamtstaatliche Defizit, also die jährliche Neuverschuldung, mit rund 170 Milliarden Euro fast 5 Prozent des BIP ausmachen, deutlich mehr als die im EU-Vertrag festgelegte Grenze von 3 Prozent.

Bei näherem Hinsehen allerdings ist die Lage der öffentlichen Finanzen weit weniger dramatisch. Ein beträchtlicher Teil des Defizits geht auf Krisenbekämpfungsmaßnahmen zurück. So sind die staatlichen Einnahmen derzeit niedrig, weil in der Krise Gewinne und Einkommen eingebrochen sind und es großzügige Möglichkeiten zur Steuerstundung gab. Die Ausgaben sind wegen massiver Hilfs- und Unterstützungsprogramme von der Krise getroffener Betriebe hoch. Beides sind vorübergehende Phänomene, die mit dem Auslaufen der Pandemie wieder verschwinden dürften. Schon im kommenden Jahr rechnen wir mit einem öffentlichen Defizit von unter 2 Prozent des BIP.

Zudem ist der Schuldenstand trotz des jüngsten Anstiegs nicht beunruhigend. Tatsächlich lag die Schuldenquote vor zehn Jahren, nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009, zehn Prozentpunkte höher als heute. Die meisten anderen wichtigen Industrieländer haben heute einen höheren Schuldenstand als Deutschland. Weil außerdem die Zinsen so niedrig sind wie noch nie in der Nachkriegszeit, liegt die Belastung der öffentlichen Haushalte durch den Schuldendienst historisch niedrig und um ein Mehrfaches unter dem, was in den 1990er-Jahren üblich war.

Riesiger Investitionsstau

Hinzu kommt, dass Investitions- oder Lohnzurückhaltungen der öffentlichen Hand für das Land ökonomisch eine gefährliche Scheinlösung sind. Es ist schon fast eine Binsenweisheit, dass Jahrzehnte der Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur zu riesigen Investitionslücken geführt haben. Im Herbst 2019 hat das arbeitgebernahe In-

stitut der deutschen Wirtschaft (IW) zusammen mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung die aufgelaufenen Investitionsbedarfe auf rund 460 Milliarden Euro geschätzt; über die vergangenen beiden Jahre sind diese eher noch größer geworden – unter anderem auch, weil die Klimaziele für Deutschland seither verschärft wurden und damit auch dadurch auf den öffentlichen Sektor größere Herausforderungen zukommen.

Der Investitionsstau ist dabei kein Luxusproblem. Marode Brücken führen zu Liefer- und Produktionsverzögerungen und zu verlorener Arbeitszeit. Der verzögerte Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagsschulen begrenzt die Erwerbsbeteiligung vor allem von Frauen. Der fehlende Breitbandausbau bremst die Digitalisierung aus und verhindert Unternehmensgründungen. Ohne leistungsfähige Energienetzwerke kann der Umbau der deutschen Industrie zur Klimaneutralität nicht gelingen, und es droht die Abwanderung von Firmen ins Ausland. Kurz: Die lange betriebene Politik der öffentlichen Investitionsvernachlässigung gefährdet den deutschen Wohlstand.

In der abgelaufenen Legislaturperiode ist ein vorsichtiger Kurswechsel eingeleitet worden. Vor allem der Bund hat die Mittel für öffentliche Investitionen erhöht und Programme zur Förderung der Kommunen geschaffen. Allerdings ist die Aufstockung der Mittel immer noch zu zaghaft. Und in vielen Fällen fließt das Geld viel zu langsam ab.

Ein Grund für langsame Fortschritte beim Abarbeiten des Investitionsstaus ist – neben unzureichenden Geldern und Förderprogrammen – der Personalmangel in vielen Verwaltungen. Insbesondere in den 1990ern und frühen 2000ern wurden massiv Planstellen abgebaut. Jetzt werden zwar zum Teil wieder Stellen geschaffen, aber es ist zunehmend schwierig, diese auch mit qualifiziertem Personal zu füllen. Ähnlich sieht es mit unbesetzten Stellen für Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher aus. Es fehlt einfach überall an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern. Eine Lohnzurückhaltung im öffentlichen Sektor oder gar ein Sparprogramm, bei dem Stellen unbesetzt bleiben, droht diese Probleme zu verschärfen. Zudem dürfte es in den kommenden Jahren noch einmal schwieriger werden, Stellen zu besetzen.

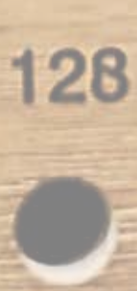
Schuldenregeln ändern

Wie ökonomisch unsinnig auch im Sinne der Generationengerechtigkeit die Investitionszurückhaltung ist, zeigt eine aktuelle Simulation des IMK: Wir haben berechnet, welche Effekte es hätte, über zehn Jahre die von uns festgestellte Investitionslücke von 460 Milliarden Euro über kreditfinanzierte Ausgaben zu schließen. Das Ergebnis: Das BIP würde über Jahrzehnte höher ausfallen als ohne dieses Programm, und spätestens Mitte des Jahrhunderts läge die Schuldenquote sogar niedriger als im Szenario ohne solch ein Programm. Oder anders ausgedrückt: Die Investitionen würden sich selbst finanzieren. Fehlende Investitionen belasten künftige Generationen mehr als die damit verbundenen Schulden es täten.

Und was ist mit der Schuldenbremse? Die 2009 ins Grundgesetz geschriebenen Regeln verbieten tatsächlich weitgehend die Kreditfinanzierung von Ausgaben der Haushalte von Bund und Ländern, egal ob für Investitionen, wachstumssteigerndes Personal im öffentlichen Dienst oder Transfers. Eine Möglichkeit wäre natürlich, das Grundgesetz wieder zu ändern und die Schuldenregeln der ökonomischen Rationalität anzupassen. Dafür sind allerdings leider auch nach der Bundestagswahl keine politischen Mehrheiten in Sicht. Eine Alternative ist deshalb, vor allem Infrastruktur über öffentliche Investitionsgesellschaften zu finanzieren, die nicht unter die Schuldenbremse fallen.

Und wenn das am Ende nicht reicht, um einen funktionierenden öffentlichen Sektor zu finanzieren, muss man vielleicht doch noch einmal über höhere Steuern nachdenken. Insbesondere die Erbschaftsteuer würde sich hier anbieten, die auch nach der jüngsten Reform immer noch hohe Erbschaften extrem günstig davonkommen lässt.

Prof. Sebastian Dullien,
Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung



Der Investitionsstau in Deutschland ist kein Luxusproblem. Marode Brücken führen zu Liefer- und Produktionsverzögerungen, der fehlende Breitbandausbau bremst die Digitalisierung aus und verhindert Unternehmensgründungen, der Stellenabbau im Bildungswesen hat zu Personalengpässen in Schule und Kita geführt. Eine Lohnzurückhaltung im öffentlichen Sektor oder gar ein Sparprogramm, bei dem Stellen unbesetzt bleiben, würde die Lage weiter verschlechtern.

Foto: IMAGO/Martin Bäuml Fotodesign

Eine hochpolitische Angelegenheit

// Die Berliner Agentur Ballhaus West zeichnet für die Kampagne der GEW zur Tarifrunde öffentlicher Dienst Länder 2021 verantwortlich. E&W hat mit dem Geschäftsführer und Politikwissenschaftler Imran Ayata über das Konzept sowie Entwicklungen in der politischen Kampagnenkommunikation gesprochen. //

E&W: Die Tarifkampagne wird vor allem digital laufen – ist das rein pandemiebedingt?

Imran Ayata: Auch ohne die Pandemie hätte unser Konzept auf digitale Plattformen und Kanäle gesetzt. Um die Anliegen der GEW erfolgreich zu kommunizieren, sind diese zentral. Insgesamt hat sich öffentliche Kommunikation, vor allem die politische Kommunikation, sehr stark in Richtung digitaler Kommunikation entwickelt. Die traditionellen Medien sind immer noch sehr wichtig und schlagen sich wacker, aber die Social-Media- und Messenger-Dienste gewinnen immer mehr an Bedeutung. Gerade bei politischen Themen haben digitale Plattformen eine prägende Rolle.

Man muss sich nur anschauen, wie viele Themen auf Twitter täglich verhandelt werden – und in welcher Intensität. Es ergibt auch keinen Sinn, einen Gegensatz zwischen konventionellen Medien und Social Media zu konstruieren. Es kommt immer darauf an, sich zu fragen, wo und wie kommuniziere ich meine Anliegen am erfolgreichsten. Durch die Pandemie müssen wir uns natürlich spezifischen Herausforderungen stellen, etwa wie mobilisiere ich Mitglieder in diesen Zeiten?

E&W: Wie sieht das Konzept aus?

Ayata: Wir haben eine klare Botschaft, klare Schwerpunktthemen, die wir in unterschiedlichen Kanälen kommunizieren werden. Ich bin mir sicher, dass die GEW in dieser Tarifrunde auch auf der Straße sein wird – in welcher Form und Intensität wird sich noch zeigen. Wir werden klassische Protestschilder zum Hochhalten und Plakate haben sowie Anzeigen setzen. Gleichzeitig werden mehr als früher Maßnahmen eingesetzt, die Logiken und Funktionsweisen der sozialen Medien und des digitalen Raumes entsprechen. Es geht darum, die Themen und Forderungen der Tarifrunde dort kanalspezifisch aufzubereiten. Was ich sagen will: Wir adaptieren nicht Plakatmotive für Instagram, Facebook oder Twitter, sondern entwickeln sie spezifisch dafür. Wir nutzen dafür die eigenen Kanäle der GEW. Wir wollen aber auch eigene Content-Formate ausprobieren und Inhalte dort verständlich aufbereiten: Wie funktioniert eine Tarifrunde, worum geht es da eigentlich?

E&W: Wie werden Partizipationsmöglichkeiten für Beschäftigte und GEW-Mitglieder geschaffen?

Ayata: Wir stellen Kampagnenmaterialien wie Plakatmotive und Anzeigen digital zur Verfügung und statten die Mitglieder so aus, dass sie dieses Material selbst in ihren Kanälen nutzen können. Wir machen ein Social-Media-Kit mit Sharepics zu allen Themen, Memes, Gifs, einen Profilbildrahmen – kurzum: mit allem, was Lust macht, die Kampagne selbst zu verbreiten. Wir wollen damit die GEW-Community nicht nur vergrößern, sondern sie auch dazu bringen, die Kampagne zu liken, zu teilen, zu multiplizieren.

E&W: Nicht alle GEW-Mitglieder sind allerdings ständig im Netz unterwegs.

Ayata: Dieser berechtigte Einwand wird immer ins Feld geführt. Aber keine Sorge, wir werden Wege und Mittel haben, auch diejenigen zu erreichen, die nicht digitalaffin sind. Die Angebote, die wir in dieser Kampagne machen, sind niederschwellig. Uns ist schon bewusst, dass es GEW-Mitglieder gibt, die nicht bei Facebook oder Instagram sind. Aber für die gibt es immer noch die bekannten Kanäle in der GEW. Mit diesem Interview etwa erreichen wir Menschen, die nur das Magazin lesen. Eine Kampagne ist für jede Organisation aber immer auch eine Chance.

E&W: Inwiefern genau?

Ayata: Zum Beispiel, um als Organisation kampagnenfähiger zu werden. Wir leben in Zeiten, in denen nicht nur Inhalte und Anliegen wichtig sind, sondern auch deren öffentliche Inszenierung. Hier kommt die Kampagnenfähigkeit ins Spiel. Das haben alle erkannt – man muss sich nur ansehen, wer sich alles mit Kampagnen Gehör verschaffen will. Eine solche Kampagne zur Tarifrunde bietet für die GEW außerdem die Chance, neue Mitglieder zu gewinnen.

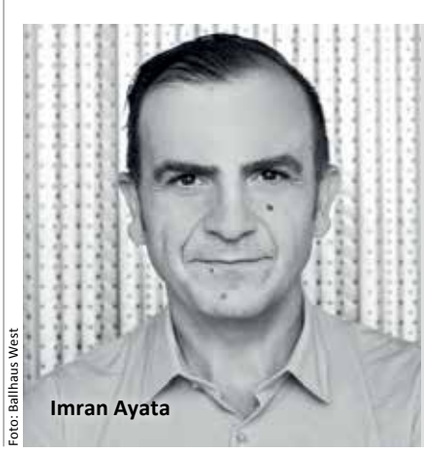


Foto: Ballhaus West

Imran Ayata

Die Agentur für Kampagnen Ballhaus West wurde 2013 gegründet. Geschäftsführende Gesellschafter sind Imran Ayata und Alice Gittermann. Zu ihren Kunden zählen unter anderen der Flughafen Berlin Brandenburg (BER), die IG Metall, die Frankfurter Buchmesse, Amnesty International, der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC), der Hessische Rundfunk und der Verbraucherzentrale Bundesverband.

E&W: Was sind weitere Vorteile digitaler Kampagnen?

Ayata: Ein Vorteil ist, dass man schneller kommunizieren und auch auf Veränderungen reagieren kann. Kampagnen sind heute nicht statisch, sondern sehr dynamisch. Es braucht keine prophetische Gabe, um vorauszusehen, dass wir tagesaktuell kommunizieren werden, also Postings und Motive absetzen, die sich auf ein singuläres Ereignis an einem bestimmten Tag beziehen. Daher ist es so schwierig, heute schon zu sagen, was in dieser Kampagne alles genau passieren wird. So flexibel muss die Kampagne tatsächlich gedacht, konzipiert und umgesetzt werden.

Ein weiterer Vorteil digitaler Kommunikation ist, dass wir bei einer Kampagne laufend sehen, wie sie funktioniert und sie entsprechend optimieren können. Wir können beispielsweise relativ einfach überprüfen, ob eine digitale Anzeige auf einer Plattform viel geklickt wird. Und wenn nicht, können wir sie schnell austauschen. Genauso können wir auswerten, ob ein Post erfolgreich ist. All das ist übrigens für die GEW kein Neuland. Die Kolleginnen und Kollegen in der Kommunikationsabteilung arbeiten seit Jahren so.

E&W: Worin unterscheidet sich eine Tarifkampagne für eine Gewerkschaft von anderen Kampagnen?

Ayata: Eigentlich unterscheiden sich Kampagnen immer voneinander. Jede Kampagne hat ihre eigenen Prämissen und Möglichkeiten. Und eine gute Kampagne passt immer zum Absender. Eine Tarifrunde ist ohnehin etwas Besonderes. Sie passiert nicht jede Woche. Und am Ende bewerben wir keinen Turnschuh: Eine Tarifrunde ist eine hochpolitische Angelegenheit.

Interview: Nadine Emmerich, freie Journalistin

ballhauswest.de

Grafik: Ballhaus West

Flexibel unterrichten

Flexibel sein im Spannungsfeld von Homeschooling, Präsenzunterricht, geteilten Klassen, Abstandsregeln, analog, digital, ...

Flexibel in jeder Unterrichtssituation:
Epson Projektoren!

Mehr Infos unter **www.epson.de/digitalpakt**.
Oder kontaktieren Sie uns per Mail an **schule@epson.de**.

EPSON®
EXCEED YOUR VISION

Konservative auf dem Rückzug

// Ab Sommer 2026 haben neu eingeschulte Grundschülerinnen und -schüler einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Für eine gute Umsetzung braucht es eine Qualitätsoffensive und Zehntausende zusätzliche Fachkräfte. //

Gerungen wurde zwischen Bund und Ländern wie so oft ums Geld. Erst Anfang September, am späten Abend vor dem letzten Sitzungstag des Parlaments in der auslaufenden Wahlperiode, hat der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat eine Einigung über den künftigen Rechtsanspruch auf eine bis zu achtstündige Ganztagsbetreuung für alle Grundschülerinnen und -schüler erzielt. Das Vorhaben war vier Jahre zuvor im Koalitionsvertrag von Union und SPD angekündigt worden.

Dabei hatten auch die meisten Länder-Regierungschefs von Union und SPD den Vertrag mit den geplanten politischen Projekten der Großen Koalition mitunterzeichnet. Doch als das Gesetz schließlich den Bundesrat passieren sollte, legte die Mehrheit der Länder Veto ein – allen voran das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg, das rot-schwarz regierte Niedersachsen und das schwarz-grün regierte Hessen. Sie wollten für den Ausbau und auch für die künftigen Personalkosten der Ganztagseinrichtungen mehr Geld vom Bund erzwingen. Dabei hätten diese Länder auch ein völliges Scheitern der Gesetzesinitiative billigend in Kauf genommen. Denn nach dem Diskontinuitätsprinzip verfällt ein Gesetz, das nicht bis zum Abschluss der Legislaturperiode rechtskräftig verabschiedet wurde.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung gilt künftig für alle Kinder, die ab dem Schuljahr 2026/2027 neu eingeschult werden. Nach dem Kompromiss übernimmt der Bund bis zu 70 Prozent der Investitionen „zum quantitativen oder qualitativen Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote“ – vorerst bis zu einer Gesamtsumme von 3,5 Milliarden Euro. Zunächst waren nur 50 Prozent Bundesanteil vorgesehen. Schätzungen gehen davon aus, dass bundesweit derzeit rund 600.000 Betreuungsplätze für Grundschulkinder fehlen, vor allem in den westlichen Flächenländern – während es im Osten und in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg bereits heute ein breites Betreuungsangebot gibt.

Fachkräfte fehlen

Gefördert werden laut Gesetz Neubau, Umbau, Erweiterung, Ausstattung und Sanierung für eine „zeitgemäße Ganztagsbetreuung“. Die Investitionen sollen „trägerneutral“ gezahlt werden. Nicht gefördert werden hingegen Investitionen, die allein dem Erhalt der Bausubstanz bestehender Einrichtungen dienen.

Ursprünglich wollte sich der Bund mit jährlich einer Milliarde Euro auch an den laufenden Personalkosten beteiligen. Nach dem Kompromiss werden es künftig 1,3 Milliarden jährlich sein.

Der Streit zwischen Bund und Ländern um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule wurde erst in allerletzter Minute beigelegt.

Foto: IMAGO/McPHOTO

Ende 2027 soll das Gesetz evaluiert werden, um eventuelle Mehr- oder Minderbelastungen der Länder auszugleichen.

Doch für die tatsächliche Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung fehlen nach Aussage des Deutschen Städtetages in den kommenden Jahren Zehntausende pädagogische Fachkräfte. Die GEW fordert Bund und Länder zu einer Qualitätsoffensive auf. Geklärt sei zudem nicht, woher die Fachkräfte für den Ganztag kommen sollen. Allein 50.000 zusätzliche Lehrkräfte werden gebraucht. „Ganztag ist eine Bildungsaufgabe. Die Kinder lediglich zu betreuen, damit die Eltern arbeiten gehen können, wird weder den Bedürfnissen der Mädchen und Jungen gerecht noch kann sich so die Idee des ganztägigen Lernens entfalten“, kritisiert die GEW-Vorsitzende Maike Finnern.

Insbesondere Kinder aus benachteiligten Haushalten benötigten qualitativ hochwertige Ganztagsschulangebote, damit Nachteile ausgeglichen und Chancengleichheit erreicht werden können. Finnern: „Zeigt sich, dass die eingeplanten Gelder nicht ausreichen, muss nachgesteuert werden.“ Qualität bedeute für die GEW, dass im Ganztag ausgebildete Fachkräfte in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten, also Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. „Das Lernen in der Grundschule hat sich längst verändert. Kinder lernen den ganzen Tag auf unterschiedliche Weise und jedes Kind in seinem eigenen Tempo“, betont Finnern. Dieses Lernen und Leben in den Ganztagsgrundschulen könnten multiprofessionelle Teams am besten gemeinsam gestalten.

Wieder einmal war es der Bund, der hier den Anstoß für ein wichtiges Bildungsreformprojekt gegeben hat und zugleich den Ländern – wie auch bei der Digitalisierung der Schulen – mit vielen Milliarden unter die Arme greift. Gleichwohl pochen die Länder darauf, dass Schulpolitik allein ihre originäre Aufgabe sei – und der Bund inhaltlich nicht mitzureden habe. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hält gar das Bundesbildungsministerium für völlig überflüssig, wie er unlängst betonte. Zusammen mit seinem bayerischen Amtskollegen Markus Söder (CSU) torpedierte Kretschmann auch das Vorhaben der Großen Koalition eines gemeinsamen Bildungsrates von Bund und Ländern mit unabhängigen Experten. Geld vom Bund hingegen nehmen die Länder für ihre Schulpolitik gern an.

Große Nachfrage

Dabei hat sich in Sachen Ganztag in den vergangenen zwei Jahrzehnten vor allem bei konservativen Unionspolitikern ein gewaltiger Wandel vollzogen. Der damalige hessische Regierungschef Roland Koch (CDU) versuchte 2002 vergeblich, das erste Ganztagsschulprogramm der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) aus ideologischen Gründen zu verhindern, weil er Ganztagsbetreuung nicht im Einklang mit dem traditionellen Familienbild seiner Partei sah. Die damalige baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan (CDU) bezeichnete die vier Milliarden Euro umfassende Startoffensive des Bundes für mehr Ganztagsschulen als „Programm zum Ausbau von Suppenküchen“. Doch das Bundesprogramm zeigte Wirkung: Mit Hilfe des Geldes aus Berlin wurden zwischen 2003 und 2009 jährlich rund 175.000 neue Ganztagsplätze geschaffen. Seit Auslaufen der Bundeshilfe geht der Ausbau in den Ländern viel langsamer voran. Derzeit geht fast jeder dritte Schüler ganztags zur Schule. Die Nachfrage ist allerdings deutlich größer: Laut Umfragen wünschen sich 70 Prozent aller Eltern einen Ganztagsplatz für ihr Kind.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

Unterrichten im Ausland

Hat es Sie nicht immer schon gereizt, neue Herausforderungen anzunehmen? Wollten Sie nicht schon lange ferne Horizonte entdecken und fremde Kulturen kennenlernen?

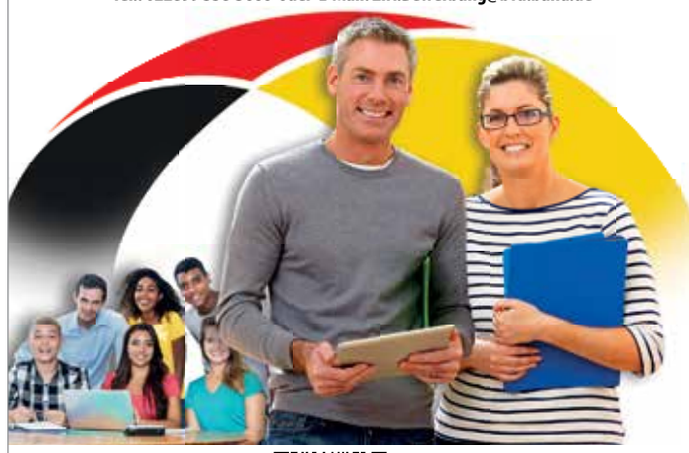
Bewerben Sie sich jetzt als

Lehrerin oder Lehrer

für die Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählte staatliche ausländische Schulen.

www.auslandsschulwesen.de

Tel.: 022899 358-3666 oder E-Mail: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de



ZfA Deutsche Auslandsschularbeit International

WUS World University Service

Jede*r hat das **Recht auf Bildung.**
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration sowie durch das **Studienbegleitprogramm STUBE Hessen** und das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**.

Globales Lernen

Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt nicht-staatliche und staatliche Akteur*innen zu entwicklungspolitischer Bildung.

Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit.

Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren entwicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.

Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen.

Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.

www.wusgermany.de

Gekommen, um zu bleiben

// Die Bildungspolitik steckt in einem Reformstau. Ideen, wie man es besser machen kann, gibt es viele, doch Bund und Länder blockieren sich oft gegenseitig. Eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger könnte diese Struktur aufbrechen und Druck auf die Politik machen (s. Interview mit der Schulexpertin Marianne Demmer, E&W 9/2021, S. 20 f.). Im Herbst vergangenen Jahres startete die Montag Stiftung Denkwerkstatt den Bürgerrat Bildung und Lernen. E&W sprach mit dem Initiator des Bürgerrats und Vorstand der Montag Stiftung Denkwerkstatt, Karl-Heinz Imhäuser. //

Karl-Heinz Imhäuser

Foto: Sarah Larissa Heuser

E&W: Herr Imhäuser, welche Ziele verfolgt der Bürgerrat Bildung und Lernen?

Karl-Heinz Imhäuser: Wenn man die Debatten in der Bildungspolitik verfolgt, fällt auf, dass diese von drei Akteuren dominiert werden: von den Kommunen, den Ländern und dem Bund. Wir alle kennen die Rituale, die seit vielen Jahrzehnten bildungspolitische Debatten hierzulande prägen: Der Bund möchte mehr als er darf, die Länder wollen – parteiübergreifend – den Bund aus den bildungspolitischen Entscheidungen raushalten, und die Kommunen müssen die Misere am Ende ausbaden. Auch deshalb sind in der Vergangenheit Reformvorhaben immer wieder gescheitert bzw. erst nach zähen Verhandlungen und vielen Kompromissen oft halbherzig umgesetzt worden. Die Idee, einen Bürgerrat für Bildung zu etablieren, der Bürgerinnen und Bürger als neue Akteure ins Spiel bringt, entstand 2017 bei einem Treffen in Nordrhein-Westfalen mit Vertreterinnen und Vertretern von Landesministerien und Stiftungen. Das Ziel war von Anfang an klar: Wir wollten Öffentlichkeit möglichst so organisieren, dass die Empfehlungen, die in solch einem Gremium erarbeitet werden, politisch auch wirksam werden.

E&W: Die Vorschläge haben allerdings lediglich empfehlenden Charakter. Letztlich entscheiden die Landes- und Bundespolitik über die grundlegenden Fragen.

Imhäuser: Auch Expertengremien aus Wissenschaft und Verbänden haben letztlich nur begrenzten Einfluss auf die Politik. Der Bürgerrat wird auch nicht nur einmal zusammenkommen und dann wieder verschwinden. Wir werden in den nächsten Jahren regelmäßig bei der Politik nachhaken. Der Bürgerrat ist gekommen, um zu bleiben!

E&W: Mitte September hat sich der Bürgerrat getroffen und über den abschließenden Forderungskatalog an die Politik entschieden. Inwieweit haben sich die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie – Stichworte: Digitalisierung, Distanzlernen – auf die Diskussionsbeiträge und Forderungen ausgewirkt?

Imhäuser: Corona hat alle Probleme sichtbar gemacht oder verstärkt, die wir auch vorher schon hatten. Digitales Lernen wäre sicher auch ohne die Pandemie in den Beratungen des Bürgerrats eines der dringendsten Themen gewesen. Was sich allerdings gezeigt hat: Alle thematischen Prioritäten beziehen sich vermutlich wegen der Probleme durch Corona auf Schule. Dort sehen die Bürgerinnen und Bürger den größten Bedarf. Die Themen Kita oder lebenslanges Lernen haben es hingegen nicht in die TOP 8 geschafft.

E&W: Welche Forderungen stehen an der Spitze?

Imhäuser: Harmonisierung des Bildungssystems, kompetente Lehrkräfte, Demokratie und Teilhabe in der Schule, individuelle Förderung, Digitalisierung, Berufsorientierung stärken, gleiche Chancen für alle Schülerinnen und Schüler, lebensnahes Lernen.

Interview: Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

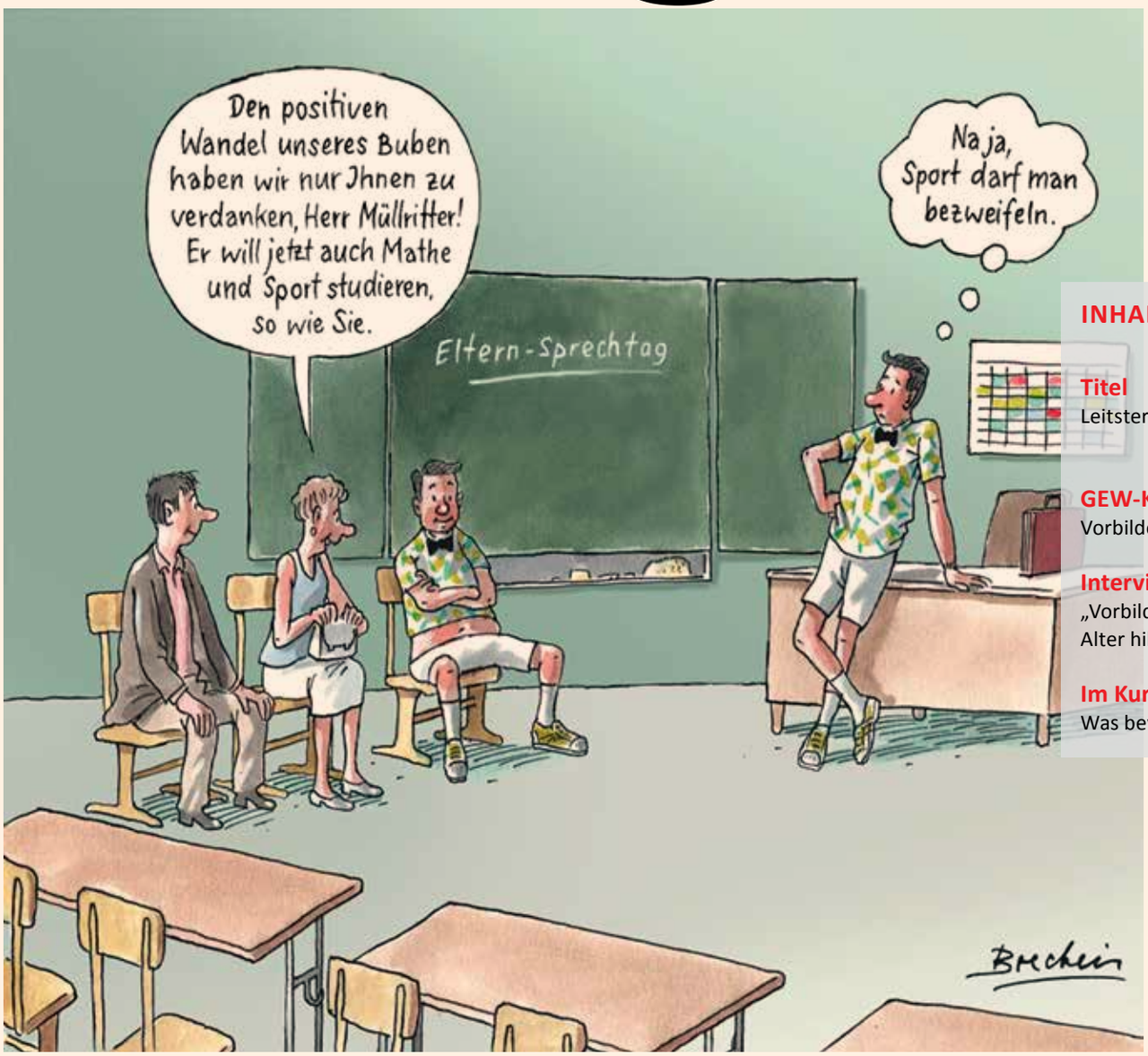
Ratschläge bis 2023

Der Bürgerrat Bildung und Lernen ist zunächst auf drei Jahre bis 2023 angelegt. Organisiert wird er im Auftrag der Montag Stiftung Denkwerkstatt. Der erste Bürgerrat startete mit einem offenen Online-Forum zum Austausch von Ideen im Oktober 2020. Im Mai 2021 fand das große Bürger- und Jugendforum statt, in das die Themen und Ideen aus den Online-Dialogen einflossen. Die rund 400 zufällig ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmer formulierten konkrete Ideen für die Bildungspolitik, die im Bürgerrat im September von 100 Bürgerinnen und Bürgern konkretisiert wurden. Im November werden die Forderungen an die Politik übergeben. 2022 beginnt ein neuer Durchlauf des Bürgerrats Bildung und Lernen.

www.buergerrat-bildung-lernen.de jam

Dialog

3/2021



Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel
Leitsterne durchs Leben
Seiten 1–3

GEW-Kommentar
Vorbilder gesucht
Seite 2

Interview
„Vorbilder sind in jedem Alter hilfreich“ Seite 4

Im Kurzcheck
Was bewegt … Seite 4

Leitsterne durchs Leben

// **Fast jeder ist in seinem Leben Menschen begegnet, die ihn oder sie geprägt, inspiriert oder wie ein Kompass durch das Berufsleben begleitet haben. Der Dialog hat ältere Mitglieder gefragt: Welche Vorbilder haben euch inspiriert und stark gemacht? Warum war es wichtig, ein Vorbild zu haben? Und wie zehrt ihr heute noch davon?** //

Andrea Schaaf, Lehrerin an der Schule im Alsterland, Schleswig-Holstein

„Vorbilder? Das sind für mich Menschen, die mir dort Orientierung geben, wo ich mich noch unsicher fühle. In meinem ersten Berufsleben brauchte ich das nicht. Ich habe Groß- und Außenhandelskauffrau gelernt, da stand das Fachwissen im Vordergrund. Das konnte ich mir alleine aneignen. Ganz anders war es in meinem zweiten Beruf – Lehrerin. Plötzlich kam es auf soziale Feinfühligkeit an, die Persönlichkeit war viel stärker gefragt, schon in den ersten Praktika an der Schule. Wie trete ich vor einer 7. Hauptschulklasse auf? Wie möchte ich überhaupt sein als Lehrerin? Damals erinnerte ich mich an meine alte Biologielehrerin, die mich immer ernst genommen hatte, wenn ich mit Problemen zu ihr kam. Diese Lehrerin war nicht nur eine tolle Wis- >>>

>>> sensvermittlerin, sie war eine wichtige Vertraute. In einer schwierigen Situation sagte sie: Du kannst das jetzt nicht? Kein Problem, wir finden gemeinsam einen Weg, wie es weitergeht. Diese Lehrerin wurde mein innerer Leitstern. So wollte ich auch werden.
Menschen, die Wertschätzung auf Augenhöhe mit Klarheit und Zielstrebigkeit verbinden, haben mich immer beeindruckt. Wie Marlis Tepe, später GEW-Vorsitzende, die Ende der 1990er-Jahre meine Kollegin an der Schule war. Sie hatte die Ziele im Blick, ging mit Schülerinnen und Schülern, Kolleginnen und Kollegen gleichermaßen wertschätzend um – toll. Sie hat mir auch die Wichtigkeit von Gewerkschaftsarbeit nahegebracht. Große Namen wie Maria Montessori dagegen könnten für mich nie ein Vorbild sein. Ich brauche die persönliche Beziehung und die Nähe zu meinem Leben. Vielleicht haben mich deshalb nur weibliche Vorbilder beeinflusst.
Mit wachsender Berufserfahrung wurde ich in der Schule sicherer, in der Personalratsarbeit aber brauchte ich anfangs Orientierung. Starke Frauen in der GEW haben sie mir gegeben. Gerade suche ich nach neuen Aufgaben für meine letzten 16 Berufsjahre. Egal wohin mich die Reise führt, ich weiß, dass ich dann nach einem Vorbild schaue, das mich auf dem neuen Terrain begleitet."

Petra Kilian, Leiterin Kita Griegstraße, Stuttgart, Baden-Württemberg
„Persönlich hat mich meine Oma geprägt, eine einfache Frau, sehr katholisch, sehr uns Kindern zugewandt. Sie hat sich immer vor uns gestellt, wenn sich andere über uns lustig machten. Wir sollten spielen, frei sein. Diese Haltung Kindern gegenüber wollte ich als Erzieherin weitergeben.
In der Ausbildung Ende der 1970er-Jahre gab es für mich starke intellektuelle Vorbilder, von denen ich eine kritische, offene Auseinandersetzung mit der Frühpädagogik gelernt habe. Menschen wie Donata Elchenbroich oder Mechthild Dörfler vom damals neu gegründeten Jugendinstitut, die neugierig nach innovativen Konzepten für den Kita-Alltag suchten und kontrovers diskutierten. Ich habe in meinem Leben oft nach neuen Impulsen gesucht. Vorbilder, die unterschiedliche Perspektiven verknüpfen, waren dabei ganz, ganz wichtig. Auch im Heilpädagogikstudium waren Vordenker wie Carl Orff oder Janusz Korczak für mich wichtige Leitplanken, an denen ich mich weiterentwickelt habe.
Und ob ich ohne meinen Vater zur Gewerkschaft gekommen wäre? Er hat mich schon als Kind mit auf Demos der IG Metall genommen und vermittelt: Eine Gesellschaft ohne Gewerkschaften trägt nicht. Ende der 1980er-Jahre trat ich in die GEW ein. Mit Anne Jenter, die damals den Bereich Jugendhilfe in der GEW Baden-Württemberg weiterentwickelte, habe ich an Konzepten gearbeitet. Sie hat mich ermutigt: Formuliere deine Vorstellungen, du hast

>>> **Fortsetzung auf Dialog Seite 3**

Vorbilder gesucht

FRAUKE GÜTZKOW

Foto: Kay Herschelmann

Die wunderbare Subversivität meiner Großmutter habe ich erst als Erwachsene durchschaut. Wenn uns die Eltern im Garten die Kirschzweige einsammeln schickten, nahm Oma uns Kinder beiseite: Lasst mal, hinter der Hecke dort sieht euch doch niemand, spielt nur. Die Botschaft meiner Großmutter hat mich bis heute geprägt: Regeln und Anweisungen dürfen hinterfragt und auch mal beiseitegeschoben werden.
Meist ist es die Haltung einer Person, die uns fasziniert, nicht eine einzelne Tat. Eine Haltung, die in alle Lebensbereiche hineinwirkt und daher weit trägt, von der Familie über den pädagogischen Alltag bis zur Gewerkschaftsarbeit. Von Vorbildern lernen wir für das Leben in seiner ganzen Vielfalt. Gerade in der Bildungs- und Gewerkschaftsarbeit geben sie uns Orientierung und Kraft.
Für die Weiterentwicklung der Senior*innenpolitik fehlen uns noch gute Vorbilder. Die Vorstellung zeitgemäßer Gewerkschaftsarbeit für Ältere hat sich geändert. Wir wollen Älteren nicht mehr etwas anbieten oder sie gar betreuen. Heute geht es darum, was Ältere selbst zur gewerkschaftlichen Arbeit beitragen können und wollen. Vor allem die jungen Alten suchen Orientierung. Wer sich auf Vorbilder besinnt, dem fällt es meist leichter, gelassen und neugierig mit der neuen Lebenssituation umzugehen. Im Austausch gelingt es gut, die Perspektive zu wechseln.
Dabei können Ältere erfahren, dass es in der Gewerkschaftsarbeit auf sie genauso ankommt wie auf andere, auch wenn ihnen manchmal von aktiven Kolleg*innen eine zwiespältige Botschaft entgegenschlagen mag: Gut dass ihr dabei seid, bearbeitet eure Angelegenheiten, wir machen das Eigentliche. Als Vorstandsmitglied arbeite ich mit den GEW-Senior*innen zusammen und lerne viel im Dialog mit ihnen. Wir fahren gut damit, uns nicht durch die Brille der anderen zu sehen, sondern bei uns selbst zu bleiben und von der Wichtigkeit des eigenen Themas überzeugt zu sein.

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied, verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

>>> **Fortsetzung von Dialog Seite 2**

die Chance, Einfluss zu nehmen. Tatsächlich: Oft landeten sie im Beschluss. Das hat mich beflügelt.
Nun suche ich nach Vorbildern für meine nächste Lebensphase, nächstes Jahr gehe ich in Rente."

Hannelore Faulstich-Wieland,
Erziehungswissenschaftlerin,
em. Professorin, Universität Hamburg

Mir ist vor allem ein Mensch eingefallen, der mich schon geprägt hat. Er war Professor an der Technischen Universität Berlin Ende der 1960er-Jahre, der Arbeitspsychologe Eberhard Ulich. Seine Vorlesungen zur Entwicklungspsychologie waren großartig und voller praktischer Relevanz. Was bedeuten wissenschaftliche Theorien für die Gesellschaft, welche Theorien zur frühkindlichen Entwicklung befürworten welchen Schulbeginn? Gesellschaftlich relevante Fragen begleiten mich seitdem auf meinem Berufsweg. Vor allem war Ulich unglaublich fair zu Studierenden. Ich war studentische Beisitzerin bei Prüfungen und konnte die Stile der Prüfer vergleichen. Im Gegensatz zu den meisten anderen sorgte Ulich für eine gute Atmosphäre, führte ein faires Gespräch zu zwei, drei vorab ausgemachten Spezialthemen und stellte dann allgemeine Fragen zur Entwicklungspsychologie. Auch der Austausch mit Ulich über meine Diplomarbeit war bemerkenswert auf Augenhöhe. Damals habe ich mir geschworen: Wenn ich selbst irgendwann Professorin werde, möchte ich es auch so machen.
Ich werde immer mal wieder gefragt, ob ich als Frau, die Hochschulkarriere gemacht hat, weibliche Vorbilder hatte. Mir fallen keine ein. Die Fixierung auf Weiblichkeit, die – so mein Eindruck – auch in der Frauenbewegung gefordert wurde, hat mir immer widerstrebt. Ich wollte Gleichberechtigung, keine Umkehrung der Verhältnisse.
Im Ruhestand habe ich ein besonderes männliches Vorbild: meinen 2016 verstorbenen Mann Peter Faulstich. Wie er seine Studierenden für Kunst begeistert hat, sie ermutigte, genau hinzuschauen, sich etwas zuzutrauen und es doch zu hinterfragen – das ist mir heute eine wunderbare innere Anleitung, um die Kunstwelt im Alter zu entdecken. Nur täte ich es viel lieber mit ihm zusammen."

Foto: LumineImages/stock.adobe.com

Früh fängt es an: Vorbilder geben Orientierung

Uwe Preuss, Lehrer an der Petrischule (OS) Leipzig, Sachsen

„In meiner Schulzeit haben mich zwei Lehrer extrem geprägt: negativ und positiv. Durch die Erniedrigungen meines Sportlehrers ist Sport zum Hassobjekt in meinem Leben geworden. Bis heute kämpfe ich mit Übergewicht. Mein Musiklehrer war das Gegenteil: Er hat mir die Liebe zur Musik mit auf meinen Lebensweg gegeben. In der 5. Klasse stellte er mit dem talentiertesten Nachwuchs ein Jugendorchester zusammen. Er forderte Leistung, ja, war da auch mal ruppig, aber stand hinter seinen Jungs und führte uns zum Erfolg. Wir gehörten zu den besten Nachwuchsorchestern der DDR, gewannen Wettkämpfe, spielten bei den höchsten Staatsakten von DDR-Geburtstagen bis zu den Weltfestspielen 1973 in Berlin. Ich war Klarinettist, heute spiele ich Gitarre mit Freunden in einer Band. Musik trägt mich durchs Leben.
Später, als junger Lehrer, wurde meine Schulleiterin zu einer Art Vorbild, oder eher: einer Orientierungshilfe. Wenn ich vor der Klasse verzweifelte, riet sie mir, nicht alles so persönlich zu nehmen. Lieber mal Jugendliche mit Aggressionen in Ruhe lassen, durchatmen und später das Gespräch wieder aufnehmen. Und immer mitzubedenken, welchen Stress Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Familien vielleicht gerade zu Hause haben. Ich habe zu ihr aufgeblickt, sie hatte viel Herz und wenig Zeit für Bürokratie.
Mittlerweile versuche ich, meinen Schülerinnen und Schülern selbst ein Vorbild zu sein, ihnen zumindest Wege ins Leben aufzuzeigen, Interesse an sinnvollen Freizeitaktivitäten zu wecken oder berufsvorbereitende Berufspraktika zu vermitteln. Leider interessieren sich die meisten fast nur noch für Chillen und Videospiele. Das ist fürchterlich traurig. Jetzt, kurz vor der Rente, denke ich viel an meinen Vater. Er war Kulturreferent in einer Kreisstadt und baute nach der Rente seine eigene Kleinkunstbühne auf. Künstler aus Schottland, Rumänien, Russland kamen, es war ein richtig erfolgreiches kleines Theater, ein zweites Leben. Das muss man erstmal schaffen."

Aufgezeichnet von Anja Dilk,
freie Journalistin

„Vorbilder sind in jedem Alter hilfreich“

// Brauchen Menschen Vorbilder? Und wenn ja, warum? Ein Gespräch mit der Dresdener Psychologin Ilona Bürgel. //

Dialog: Brauchen Menschen Vorbilder?
Ilona Bürgel: Unbedingt. Vorbilder geben Orientierung und ermutigen. Das ist in einer Welt, die so komplex geworden ist, dass sie niemand mehr komplett durchschauen kann, sehr wichtig.
Dialog: Was ist denn ein Vorbild?
Bürgel: Ich grenze Vorbilder von Idolen und Mentoren ab. Ein Idol geht mit der Verherrlichung einer Person einher, Mentoren geben Orientierung im Beruf. Ein Vorbild ist einerseits umfassender, kann sich auf den privaten und den beruflichen Raum beziehen und verbindet andererseits rationale Aspekte mit emotionalen Elementen. Egal ob es die kluge Lieblingsoma oder der tolle Ausbilder ist.
Dialog: Brauchen ältere Menschen noch ein Vorbild?
Bürgel: Ja gerade, denn im letzten Lebensdrittel gilt es, einiges neu zu sortieren. Viele Ältere ziehen ein Resümee, fragen, was kommt denn noch, wo will ich hin? Wie kann ein gutes Alter aussehen? Mit „positiven Vergleichen“, wie wir das in der Psychologie nennen, gelingt das leichter. Man vergleicht sich mit anderen und zieht daraus positive Anregungen. Wie machen die das? Welche Prinzipien haben sie? Was teile ich davon? Was kann ich mir abgucken? Ohne so einen positiven Fokus, sehen die meisten Menschen zu schnell das Negative.

Ilona Bürgel, Psychologin und Coach

Foto: diffusstartquer

Dialog: Wie finde ich so ein Vorbild?
Bürgel: Zunächst geht es gar nicht darum, ein einzelnes Vorbild zu suchen, bei dem ich rundherum sage: So will ich auch sein. Sondern darum, Menschen zu finden, die in bestimmten Facetten für mich eine Vorbildfunktion erfüllen können. Gut ist der Rückblick ins eigene Leben: Wer hat mich früher geprägt und warum? Kann ich das heute wieder aktivieren, trägt das noch? Vielleicht braucht man auch neue Vorbilder. Heute bin ich möglicherweise genauso souverän wie mein jahrelanges Vorbild, mein alter Direktor, aber dafür nicht mehr so mutig.
Dialog: Also brauche ich ein neues Vorbild …
Bürgel: … zum Beispiel eine junge Kollegin, die zeigt, wie sie voller Spaß digitale Experimente wagt. Oder man erinnert sich im Umfeld: Herr Meyer hatte sich doch vor zehn Jahren so schwungvoll auf den Ruhestand vorbereitet. Was kann ich von ihm lernen?

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

IMPRESSUM Dialog
Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main, Telefon 069 78973-0
Vorsitzende: Maike Finnern
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow, Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

Was bewegt …

// … Detlef Mücke, 76 Jahre, Gesamtschullehrer Berlin, seit 2010 im Ruhestand? //

▶ Wie ich meinen Tag beginne.
Das Schönste am Ruhestand ist, dass ich meinem Biorhythmus folgen kann: Mal bis ein oder zwei Uhr wach bleiben, morgens aufstehen, wann ich will. Dann Zeitung lesen, taz und Tagesspiegel, online und offline. Anschließend mache ich eine To-do-Liste für den Tag – sonst würde ich völlig den Überblick verlieren.

▶ Was mich bildungspolitisch umtreibt.
Seit fast 50 Jahren trete ich für die Anliegen von LGBTIQ in der GEW ein. Ich habe die AG der schwulen Lehrer in Berlin mitgegründet. Damals waren wir beim Christopher Street Day 500 Leute auf dem Ku‘damm und dem Tagesspiegel gerade mal einen Dreizeiler wert. Es ist toll zu sehen, was seitdem vorangekommen ist. Nicht nur das Bewusstsein hat sich geändert, auch die Rechtslage natürlich und der Umgang mit LGBTIQ in der Pädagogik. Vor 20 Jahren haben wir durchgesetzt, dass Berlin die fortschrittlichsten Richtlinien zur Sexualerziehung hat, jetzt wird auf unseren Druck Diversität in den neuen Orientierungs- und Handlungsrahmen fächerübergreifend integriert.

▶ Was ich mir vorgenommen habe.
Den Staffelstab an Jüngere zu übergeben. Ich aktualisiere gerade noch einen Rechtsratgeber als Mitglied des GEW-Bundesausschusses Queer. Mein Erbe ist ein Archiv unserer Arbeit im Schwulen Museum Berlin – für die Wissenschaft. Wie groß der Beitrag der Gewerkschaften für die LGBTIQ-Rechte ist, weiß doch kaum jemand.

Aufgezeichnet von: Anja Dilk,
freie Journalistin

Ein Drahtseilakt

Als der junge Soheil (Doguhan Kabadayi, links Kida Khodr Ramadan als Soheils Vater) seinen muslimischen Freunden seine jüdische Herkunft offenbart, wird er zum Ausgestoßenen und attackiert.

Foto: © 2021 carte blanche International GmbH/ Warner Bros. Entertainment GmbH/Volker Roloff

// In dem Film „Ein nasser Hund“ wächst ein junger Jude unter Muslimen im Berliner Wedding auf. Um dazuzugehören, verleugnet er seine wahre Herkunft. //

Soheil hat schwarze Haare, dunkle Augen, und damit fällt er im Berliner Wedding kein bisschen auf. Das könnte Grund genug sein, sich hier heimisch zu fühlen, wäre da nur nicht diese Kleinigkeit: Soheil ist Jude. Seine Eltern sind aus dem Iran geflohen. Ihre Kinder werden aber auch in ihrer neuen Heimat noch für das abgelehnt, was sie sind oder was sie vermeintlich sind. „Für die Araber bin ich ein Jude, für die Deutschen ein Kanacke und für die Juden ein Terrorist aus dem Wedding“, resümiert Soheil seine verzwickte Lage. Zwar herrscht unter den Jugendlichen oberflächlich eine Kultur der Akzeptanz – „Türken, Araber, Kurden, wir sind alle hier eine Familie“ –, Soheil lernt aber schnell, dass Juden damit nicht gemeint sind. Fortan wird er seine wahre Identität verheimlichen.

Aber anstatt die Zuschauer sofort in den Wedding zu versetzen, lässt Regisseur Damir Lukačević die erste Szene von „Ein nasser Hund“ in Palästina spielen. Wir werden Zeuge, wie ein Mann vor den Augen seines Sohnes in ein Handgemenge mit israelischen Soldaten gerät und niedergeschlagen wird. Der Zusammenhang zum Rest der Geschichte wird sich erst am Ende erschließen, die Intention ist aber klar: Von Anfang an versucht Lukačević, den Nahostkonflikt auf der einen und Soheils von Antisemitismus geprägten Alltag in Berlin auf der anderen Seite miteinander zu verbinden. Ein Drahtseilakt – zumal bei einem Film, der sich auch an Kinder und Jugendliche wendet –, der nicht immer gelingt.

Absurdität des Hasses

Grundlage von „Ein nasser Hund“ ist die 2010 erschienene Autobiographie von Arye Sharuz Shalicar („Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude: Die Geschichte eines Deutsch-Iraners, der Israeli wurde“, dtv, München 2010). So wie einst Shalicar in den 1990er-Jahren macht sich auch Soheil als talentierter Sprayer schnell einen Namen im Wedding. So wird er Teil einer Clique, die allerdings mehr anstellt, als nur ihren Schriftzug an Wände zu sprühen. In seiner Bande gilt er schnell als besonders skrupel- und furchtlos gegenüber der Polizei, die ihn regelmäßig bei seinen fassungslosen Eltern abliefert. Gleichzeitig sieht er sich als ernsthafter Straßenkünstler und hegt zarte Gefühle für Selma, eine türkischstämmige Mitschülerin. Während seine ausschließlich muslimischen Freunde ihn „Bruder“ nennen, schimpfen sie aber bei jeder Gelegenheit auf die Juden.

Irgendwann offenbart Soheil seine jüdische Identität. Anstatt jetzt ihre Vorurteile zu hinterfragen, sehen seine ehemaligen Kameraden diese nur bestätigt: Der Jude lügt. Einer von ihnen, Fadir, konfrontiert Soheil: „Als ich ein Kind war, sind deine Juden über meinen Vater hergefallen.“ Soheil ist nun ein Ausgestoßener und wird gar bei einem Mordversuch schwer verletzt. Als er für sich keine andere Wahl mehr sieht, als nach Israel auszuwandern, schließt sich der Kreis: Auf den letzten Bildern sehen wir wieder israelische Soldaten im Einsatz, unter ihnen dieses Mal Soheil. Der Film zeigt zuvor noch, wie Soheil beginnt, sich mit der jüdischen Geschichte auseinanderzusetzen, versucht plausibel zu machen, wie aus ihm ein überzeugter Zionist wird. Ganz glaubwürdig wird dieser Wandel aber nicht und die Bedeutung des Staates Israel für die Sicherheit aller Jüdinnen und Juden bleibt unterbelichtet, mithin Soheils Entscheidung, für diesen Staat zu kämpfen, nicht ganz nachvollziehbar.

Damit ein jugendliches Publikum die Szenen zum Nahostkonflikt richtig einordnen kann, empfiehlt sich eine ausführliche Vor- und Nachbesprechung. Als Diskussionsgrundlage über Antisemitismus in Deutschland und über das Großwerden in einem Umfeld, das von ethnischen und religiösen Konflikten geprägt ist, eignet sich „Ein nasser Hund“ sehr gut. Der Film bringt seinen Figuren viel Empathie entgegen und zeigt die Absurdität des Hasses unter den jugendlichen Protagonisten, ohne ihre Konflikte zu bagatellisieren.

Joshua Schultheis,
Redaktion bbz – Berliner Bildungszeitschrift der GEW Berlin

„Ein nasser Hund“ ist seit dem 9. September im Kino zu sehen.

Mehr Gleichheit durch mehr Ungleichheit

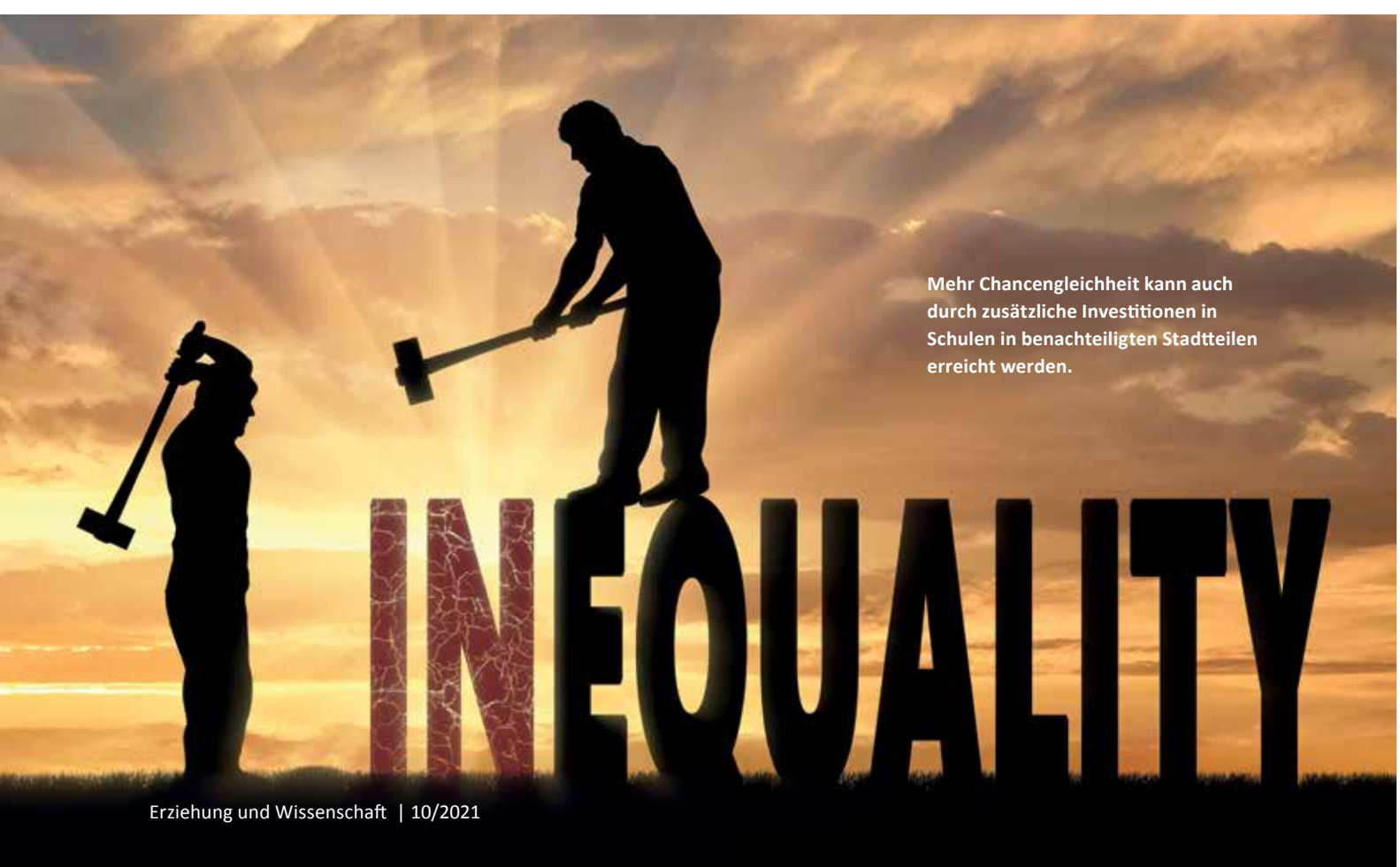
// Die Corona-Krise verschärft die Chancenungleichheit. Trotzdem könnte in ihr eine Chance für eine bildungspolitische Wende liegen. Das zeigte der Online-Kongress „Risse in der Bildungsrepublik?!“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Anfang September. //

„Die Spaltung gibt es schon lange, und daran hat sich auch seit der vor zwei Jahrzehnten veröffentlichten PISA-Studie kaum etwas verändert“, bedauerte der emeritierte Bildungsforscher Klaus Klemm (Uni Duisburg-Essen) in einer Diskussionsrunde. Der Soziologe Aladin El-Mafaalani (Uni Osnabrück) ergänzte: „Es ist paradox. Das Bildungsniveau steigt, doch die Chancenungleichheit bleibt bestehen.“ Die Bildungspyramide sei auf den Kopf gestellt worden. Der Anteil höherer Bildungsabschlüsse sei gestiegen. Allerdings habe sich der Abstand zwischen „oben“ und „unten“ dadurch nicht verringert. Für die unteren 20 Prozent habe sich die Lage weiter verschlechtert; diese „große Minderheit“ fühle sich zusehends abgehängt, da ein Aufstieg durch Bildung immer schwerer möglich sei. Viele Betroffene aus dieser Schicht würden deshalb resignieren.

Klemm und El-Mafaalani waren sich mit Bettina Kohlrausch, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (HBS), und der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Elke Hannack einig: „Wir können mehr Chancengleichheit nur durch Ungleichheit erreichen.“ Im Klartext: mehr Investitionen in Schulen in benachteiligten Stadtteilen statt Verteilung nach dem Gießkannenprinzip. Ungleich, sprich individuell, müsse auch das Lernangebot sein. „Der Auftrag der Schulen muss sein, die ungleiche Strukturierung der Kindheit auszugleichen“, sagte El-Mafaalani. Klemm kann sich vorstellen, dafür Kinder aus sozial benachteiligten Familien bei der Vergabe von Kita-Plätzen für Kinder, die jünger als drei Jahre sind, „zu bevorzugen“. Alle vier begrüßten den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Grundschülerinnen und -schüler und forderten eine neue vom Bund gesteuerte Bildungsoffensive. Hannack: „Inklusive eines nationalen Bildungsrates unter Einbindung der Sozialpartner.“

Corona verschärft die Lage

Der These, dass die Corona-Pandemie die soziale sowie die Bildungsungleichheit verschärft habe, stimmte die GEW-



Mehr Chancengleichheit kann auch durch zusätzliche Investitionen in Schulen in benachteiligten Stadtteilen erreicht werden.

Foto: IMAGO/agefotostock

Vorsitzende Maike Finnern auf einem zweiten Podium zu. Aber sie glaubt auch: „Die Schieflage ist nicht mehr zu übersehen, sie ist in den Köpfen angekommen.“ Daraus schöpft sie die Hoffnung, dass sich nun doch etwas ändern könnte. Dafür, so Finnern, brauche es jedoch einen gesellschaftlichen Konsens, mehr Geld in Bildung zu investieren und Schulen zu verändern.

Auch die GEW-Vorsitzende plädierte für eine unterschiedliche Behandlung der Schulen. Jene in sozial besonders herausfordernden Lagen müssten besser ausgestattet werden. Sie kritisierte, dass der Fachkräftemangel sich ausgerechnet an Schulen in Gebieten mit einem hohen Anteil benachteiligter Schülerinnen und Schüler bemerkbar mache. „Dort müssen Schulen teilweise mit 70 Prozent Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern arbeiten.“ In diesen Gebieten, in denen individuelle Förderung besonders wichtig ist, seien die Grundschulklassen zudem deutlich größer als in „reichen“ Regionen.

Den Hinweis griff Julia Gajewski, Leiterin der Gesamtschule Bockmühle in Essen, auf und verwies auf Erkenntnisse aus der Corona-Zeit: „Wir brauchen deutlich kleinere Klassen.“ In den halbierten Lerngruppen der vergangenen Monate sei der Lernzuwachs fast verdoppelt worden. Was auch daran liege, dass die Zahl der den Unterricht verhindernden Konflikte deutlich gesunken sei. Außerdem habe man sich beispielsweise viel intensiver um die Sprachförderung der Kinder kümmern können.

Der Sprecher der Autorengruppe Bildungsbericht, Kai Maaz (Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, DIPF), riet von solch einer Debatte zum jetzigen Zeitpunkt jedoch ab. Stellschrauben für mehr Chancengleichheit seien Unterrichtsmodelle, die den Umgang mit Heterogenität stärker berücksichtigten, andere Qualifikationen der Lehrkräfte und die stärkere Einbindung anderer Professionen. Dazu El-Mafaalani: „Wir haben doch alles. Vereine, Musikschule, Streetworker und so weiter. Die Systeme müssen sich nur vernetzen.“

Maaz wünscht sich darüber hinaus eine engere Verzahnung und Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik und schulischer Praxis. Dem schloss sich die Kultusministerin Schleswig-Holsteins, Karin Prien (CDU), an: „Politik muss mehr auf die Wissenschaft hören. Die aber muss uns nicht nur sagen, wo es hakt, sondern muss auch wirksame Instrumente liefern.“ Die frühkindliche Bildung sei dabei ein besonderes Betätigungsfeld. Prien: „Da sind wir echt schlecht.“

Vorbild Österreich

Dario Schramm, Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz, forderte mit Hinweis auf die bereits genannten möglichen Stellschrauben: „Bildung sollte kostenlos sein und da, wo Fördermittel existieren, sollte die Beantragung unbürokratischer werden.“

Einigkeit herrschte in einer dritten Gesprächsrunde: Deutschland benötigt eine staatliche Ausbildungsgarantie! Eine solche existiert in Österreich seit 23 Jahren. Sonja Schmöckel (Bundesministerium für Arbeit, Wien) sprach von einem Erfolgsmodell. Sie machte deutlich, dass die überbetriebliche Ausbildung keinen Verdrängungsmechanismus für die betriebliche Ausbildung auslöse: „Nur, wer auf dem ersten Lehrstellenmarkt nichts findet, kommt in die überbetriebliche Ausbildung.“ Clemens Wieland, Senior Expert bei der Bertelsmann Stiftung, betonte: „Wir könnten mit der Garantie 20.000 zusätzliche Fachkräfte gewinnen.“ Für Jan Krüger, Leiter der Bildungsabteilung des DGB, steht fest: „Wir wollen Menschen nicht in die Ausbildungslosigkeit entlassen. Darum würden wir das Modell Österreichs gerne übernehmen und damit Jugendlichen einen Einstieg in einen anerkannten Ausbildungsberuf ermöglichen.“

Stephan Lüke,
freier Journalist

Grafik: bit.ly/psmmanifesto

„Wir fordern ein soziales Internet“

// Mit einem Manifest fordern Medienfachleute aus Europa, Lateinamerika, China, Australien und den USA ein öffentliches, demokratisches Internet. Auch um bessere digitale Bildungsangebote bereitzustellen. Fragen an den Mitinitiator Klaus Unterberger vom Österreichischen Rundfunk (ORF). //

E&W: Was sind die Kernaussagen des „The Public Service Media and Public Service Internet Manifesto“?

Klaus Unterberger: Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass das Internet, insbesondere im Bereich von Social Media, hauptsächlich ein Geschäftsmodell ist. Dass unsere Daten für Zwecke verwendet werden, die wir nicht kontrollieren können. Das muss aufhören. Es muss möglich sein, das Internet als öffentliches Gut zu organisieren. Das bedeutet auch: in öffentlichem Besitz und in öffentlicher Kontrolle.

E&W: Das von Ihnen geforderte „Public Service Internet“ soll auch für Partizipation sorgen. Aber Facebook oder Instagram ermöglichen doch Partizipation. Warum reicht Ihnen das nicht?

Unterberger: Es spricht ja nichts dagegen, dass wir uns mit Freunden und Bekannten austauschen. Das machen ja auch viele Menschen auf Facebook und anderen Plattformen. Problematisch ist, dass dieser Austausch kommerziellen Interessen dient und unsere Daten ausspioniert werden. Festzuhalten ist auch, dass Partizipation Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bedeutet, am kulturellen Leben, an der Art, wie wir uns bilden. Und die Medien sind dazu da, diese Teilnahme zu ermöglichen.

E&W: Das Internet bietet heute schon zigtausend Bildungsangebote für Schule, Studium und Weiterbildung. Was soll denn anders werden?

Unterberger: Wir haben noch lange nicht die Benutzerqualität, die das Internet ermöglicht. Wir lernen gerade erst, mit diesem Werkzeug umzugehen. Ich weiß, dass ich mir im Netz sehr viel heraussuchen kann. Aber ich bin dann noch nicht mit den Museen, mit den Bildungseinrichtungen verbunden. Meine Vision ist ein öffentlich-rechtlicher Algorithmus – mit effektivem Daten-

schutz. Wenn ich etwas suche, dann möchte ich zu den Forschungsergebnissen der öffentlichen Institutionen kommen. Darauf soll mich der Algorithmus aufmerksam machen.

E&W: Was ist mit Wikipedia? Die Online-Enzyklopädie liefert Fakten, kostenlos für alle – und ein Maximum an Partizipation sei auch gewährleistet, sagen die Betreiber. Müssten Sie nicht Wikipedia unterstützen?

Unterberger: Unter den Initiatorinnen und Initiatoren des Manifests gibt es viele, die das so sehen. Auch aus dem Bereich Wikipedia haben wir viele, die das Manifest unterstützen. Aber die Debatte ist komplex. Auch Wikipedia wird immer wieder mit Vorwürfen konfrontiert. Wer schreibt dort, wer bestimmt über Inhalte? Auch hier ist die Glaubwürdigkeitsfrage nicht vollkommen geklärt.

E&W: Wie soll das öffentliche, demokratische Internet finanziert werden? Sie treten schließlich an, um milliardenschweren Konzernen wie Facebook oder Google Konkurrenz zu machen.

Unterberger: Die Antwort ist einfach: Eine öffentliche Aufgabe muss in erster Linie öffentlich finanziert werden. Wir finanzieren in Europa ja jetzt schon öffentliche Einrichtungen. Warum sollten wir nicht auch Geld für die öffentliche Kommunikation im Internet bereitstellen? Ich denke, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Europa mit seiner Infrastruktur und seiner Kompetenz dabei eine wichtige Rolle spielen kann. Auch in der Finanzierungsfrage. Eine Medienabgabe, die alle Bürgerinnen und Bürger zahlen, halte ich für ein kluges Konzept. Es gibt auch Möglichkeiten, das über Steuern zu finanzieren. Aber da muss man immer aufpassen auf die Unabhängigkeit zum Staat, zur jeweiligen Regierung.

E&W: Aber die öffentlich-rechtlichen Sender erleben doch gerade heftigen politischen Gegenwind. In Deutschland, in Großbritannien, auch in Spanien und den Niederlanden. Wie wollen Sie den Umschwung schaffen?

Foto: Günther Pichlkostner

Medienexperte Klaus Unterberger vom Österreichischen Rundfunk: „Meine Vision ist ein öffentlich-rechtlicher Algorithmus – mit effektivem Datenschutz. Wenn ich etwas suche, dann möchte ich zu den Forschungsergebnissen der öffentlichen Institutionen kommen."

Unterberger: Wir müssen die Menschen überzeugen. Erst dann werden Politikerinnen und Politiker reagieren. Das ist uns klar. Die Politik muss unter Druck kommen, Gemeinwohlinteressen aktiv zu vertreten. Wir vom Manifest sind gerade dabei, uns auch an die europäische Politik, ans Europäische Parlament zu wenden. Wir suchen auch hier Verbündete.

E&W: Nicht nur in Deutschland wollen die privaten Verlagshäuser verhindern, dass die Öffentlich-Rechtlichen im Digitalen stärker werden. Die Privaten haben 2009 zum Beispiel durchgesetzt, dass ARD und ZDF viele Programminhalte nur noch wenige Tage online anbieten dürfen, zahlreiche Online-Inhalte mussten gelöscht werden. Wie halten Sie dagegen?

Unterberger: Die Verleger haben häufig ein Argument gebraucht: Wettbewerbsverzerrung. Das ist grotesk. Die größte Wettbewerbsverzerrung erleben wir ja gerade mit Amazon, Google und Co. Es wird Zeit, dass wir hier in größeren Dimensionen denken. Und wir fordern ja nicht ein Entweder-oder. Wir wollen ein vernünftiges Miteinander. Wir wissen, dass aus dem kommerziellen Bereich auch herausragende publizistische Leistungen kommen. Wir sehen aber auch, dass der Markt Qualitätsjournalismus oft nicht mehr finanziert.

E&W: Warum sollten Gewerkschaften das Manifest unterstützen?

Unterberger: Die Social-Media-Angebote der Datenkonzerne sind alles andere als sozial. Die Arbeitsbedingungen dort sind prekär: eine Hire-and-Fire-Personalpolitik, keine Spur einer funktionierenden Mitbestimmung. Wir fordern ein soziales Internet mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

E&W: Das Manifest wurde am 17. Juni 2021 veröffentlicht. Welche Reaktionen gab es bislang?

Unterberger: Ich persönlich bin von dem Erfolg äußerst positiv überrascht. Wir haben bereits jetzt mehr als tausend Unterstützerinnen und Unterstützer weltweit. Darunter Prominente wie Jürgen Habermas oder den US-Sprachwissenschaftler und Philosophen Noam Chomsky. Und das, obwohl wir so gut wie keine Pressearbeit gemacht haben. Das Manifest gibt es inzwischen nicht nur auf Englisch, wir haben auch eine spanische, eine portugiesische und eine chinesische Übersetzung. Das hat sich explosionsartig entwickelt. Weil viele Menschen weltweit sagen: So kann es nicht weitergehen.

Interview: Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

The Public Service Media and Public Service Internet Manifesto (Englisch): bit.ly/psmmanifesto

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.
NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Ein Stück Heimischkeit

// Junge jüdische Studierende wollen jüdisches Leben in Deutschland sichtbar machen – innerhalb und außerhalb der Hochschule. //

Als junge Jüdin muss Julia Kildeeva häufig das eigentlich Selbstverständliche erklären: Ja, es gibt jüdisches Leben in

Foto: privat

„Während früher der Fokus sehr stark auf dem innerjüdischen Dialog lag, wollen wir uns durch intersektionalen Aktivismus auch verstärkt in politische Debatten einbringen", erklärt Julia Kildeeva, Vorstandsmitglied der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD).

Deutschland. Nein, dieses kreist nicht ausschließlich um Holocaust, Antisemitismus und Nahostkonflikt. Kildeeva ist seit April dieses Jahres Vorstandsmitglied der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) und kommt in dieser Funktion natürlich nicht drumherum, auch den Schutz und die Sicherheit einzufordern, die die jüdische Minderheit in Deutschland braucht. Als Stimme der jungen Jüdinnen und Juden würde sie aber lieber viel mehr darüber reden, wie das gelebte Judentum hierzulande aussieht, wie vielfältig und wandelbar es ist. Ihr Ziel ist es, „positive jüdische Narrative" zu etablieren, in denen auch die schönen Facetten des jüdischen Lebens in Deutschland sichtbar werden. Wie sie gibt es viele junge jüdische Erwachsene, die sich für eine differenzierte Wahrnehmung des Judentums einsetzen und die sich zunehmend an den Hochschulen organisieren.

Schon 1968 wurde der Bund Jüdischer Studenten in Deutschland (BJSD) ins Leben gerufen. Im Laufe der 2000er-Jahre nahm seine Aktivität jedoch immer weiter ab und erlosch schließlich ganz. Mit der Gründung der JSUD kam 2016 dann der Neustart, mit dem auch eine thematische Verschiebung einherging. „Während früher der Fokus sehr stark auf dem innerjüdischen Dialog lag, wollen wir uns durch intersektionalen Aktivismus auch verstärkt in politische Debatten einbringen", erklärt Kildeeva. Ihre Generation fordere lauter einen Platz in der Gesellschaft ein als die ihrer Eltern, die oft noch darauf bedacht gewesen sei, möglichst wenig Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Unverblümt sagt der Vorstand der JSUD öffentlich seine Meinung zu AfD, Querdenken und Rechtsextremismus. Gleichzeitig lädt er dazu ein, jüdische Feiertage gemeinsam – wenn auch zurzeit online – zu begehen, organisiert Workshops und Veranstaltungen, die sich an Juden wie auch Nicht-Juden richten.

Foto: privat

„Wer für ein Studium in eine neue Stadt zieht, sucht erst einmal Anschluss", erläutert Joel Kohen von der Berliner Gruppe Studentim, „und da ist es sinnvoll, wenn es ein Angebot direkt an der Universität gibt."

Foto: privat

Die etablierten Strukturen der jüdischen Gemeinden in Deutschland seien oft überaltert. Gerade auf junge Menschen wirke das abschreckend, kritisiert Adina Schuster von der Berliner Gruppe Studentim.

Niedrigschwelliges Angebot

Die Arbeit der JSUD wird an den einzelnen Hochschulstandorten von vielen lokalen Studierendenorganisationen ergänzt. Dazu gehört auch die Gruppe Studentim (Hebräisch für „Studierende"), die seit zehn Jahren in Berlin aktiv ist. Teil des Vorstandes sind Joel Kohen, Student der angewandten Statistik an der Freien Universität, und Adina Schuster, die Jüdische Studien in Potsdam belegt. Für beide liegt es auf der Hand, die Hochschule als Rahmen für ihr Engagement zu wählen. „Wer für ein Studium in eine neue Stadt zieht, sucht erst einmal Anschluss", erläutert Kohen, „und da ist es sinnvoll, wenn es ein Angebot direkt an der Universität gibt." Er selbst stammt aus Leipzig und hat direkt nach seinem Umzug in die Hauptstadt den Kontakt zu anderen jüdischen Studierenden gesucht. Bei Studentim, wo sich

junge Jüdinnen und Juden unabhängig davon, wie gläubig sie sind oder wie oft sie in den Gottesdienst gehen, zusammenfinden, hat er sich gleich wohlgefühlt. Für ihn und viele andere sei die Gruppe ein Stück „Heimischkeit“, wie man auf Jiddisch sage.

Schuster, die in Berlin geboren und in der dortigen jüdischen Gemeinschaft aufgewachsen ist, meint, es sei der undogmatische Ansatz, durch den Studentim eine wichtige Lücke schließe. Die etablierten Strukturen der jüdischen Gemeinden in Deutschland seien oft überaltert und im bürokratischen Klein-Klein befangen. Gerade auf junge Menschen wirke das eher abschreckend, und für die gebe es mit Studentim ein niedrigschwelliges Angebot, am jüdischen Leben in Berlin teilzunehmen.

Jüdische Identität pflegen

Ein Angebot, das auch lebhaft angenommen wird: Beim letzten Purim-Fest vor der Corona-Pandemie, zu dem Studentim geladen hatte, kamen etwa 300 Menschen, um sich, wie es der Brauch ist, zu verkleiden und das „Hamman-Ohren“ genannte traditionelle Gebäck zu essen. „Es wäre schön, Chanukkah dieses Jahr wieder offline feiern zu können“, wünscht sich Schuster.

Während die jüdische Gemeinde in Berlin eine der größten Deutschlands ist und es Gottesdienste verschiedener religiöser Ausrichtungen gibt, hat die Universitätsstadt Tübingen, wie viele andere Orte auch, keine einzige aktive Synagoge. Die Jüdische Studierendenunion Württemberg (JSUW) steht

Foto: Rina Gechtina

„Antisemitismus gibt es auch an Universitäten. Dagegen muss man sich wehren, und wenn man nicht organisiert ist, geht das nicht so gut“, sagt Hanna Veiler von der Jüdischen Studierendenunion Württemberg (JSUW).

daher vor der Herausforderung, Studierende auch über größere Distanzen miteinander zu vernetzen und selbst dort präsent zu sein, wo es bisher noch gar keine Organisation jüdischen Lebens gab. Hanna Veiler war dabei, als die JSUW im Sommer 2019 Gestalt annahm. „Wir sahen die Notwendigkeit, jüdisches Leben am Campus sichtbar zu machen und die Anliegen junger Jüdinnen und Juden in Politik und Gesellschaft zu tragen“, fasst die Studentin der Kunstgeschichte ihre Motivation zusammen. Das bedeute einerseits, die eigene jüdische Identität zu pflegen, andererseits aber auch, Diskriminierung entgegenzutreten: „Antisemitismus gibt es auch an Universitäten. Dagegen muss man sich wehren, und wenn man nicht organisiert ist, geht das nicht so gut.“

Veiler, die schon in ihrer Heimatgemeinde in Baden-Baden in der jüdischen Jugendarbeit engagiert war, glaubt, dass es für das Weiterleben des Judentums in Deutschland entscheidend sei, auch die jungen Menschen anzusprechen. Leider gelinge es bisher nicht ausreichend, auf die Interessen und Bedürfnisse der neuen Generation einzugehen, findet Veiler. „Dazu gehören Rechte für LGBTIQ, Feminismus, Nachhaltigkeit et cetera – all das muss Eingang in die jüdischen Gemeinden finden, wenn diese zukunftsfähig sein wollen.“

Es sind junge Jüdinnen und Juden wie Veiler, Kildeeva, Schuster und Kohen, die zurzeit dabei sind, genau diese Themen in die jüdischen Gemeinschaften hineinzutragen. Als selbstbewusste Repräsentantinnen und Repräsentanten einer modernen jüdischen Identität wollen sie das Bild, das sie in der öffentlichen Wahrnehmung haben, nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten.

Joshua Schultheis,
Redaktion bbz – Berliner Bildungszeitschrift der GEW Berlin

www.jsud.de

VON MEDIEN KEINE AHNUNG?
- WIR WISSEN WIE!

Von Fake News über Digitalisierung bis hin zum journalistischen Schreiben – die Mobile Medienakademie bietet peer-to-peer Workshops auf Augenhöhe für Schüler*innen an, vor Ort ebenso wie online! Mit unseren jungen Teamer*innen sind wir immer up to date was neueste Entwicklungen im Netz angeht.

Klingt spannend? Ist es auch! Kontaktieren Sie uns gerne und buchen Sie 2021 einen kostenlosen Workshop, der speziell auf die Interessen Ihrer Schüler*innen abgestimmt wird.

MOBILE MEDIENAKADEMIE
Alt-Moabit 89 | 10559 Berlin
Tel.: 030 / 39 40 525-00
akademie@jugendpresse.de
www.mobile-medienakademie.de

EIN PROJEKT VON:
JUGENDPRESSE DEUTSCHLAND

GEFÖRDERT DURCH:
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dauerstellen schaffen!

// #IchBinHanna – mit diesem Hashtag treiben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Twitter das Bundesforschungsministerium vor sich her. Das ist Wasser auf die Mühlen der GEW-Kampagne für mehr Dauerstellen in Hochschule und Forschung. //

Hanna ist die Kunstfigur in einem Erklärvideo des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG). Das Gesetz „führt zur Fluktuation und fördert die Innovationskraft“ – damit „nicht eine Generation alle Stellen verstopft“, hieß es in dem Video, das das BMBF inzwischen von seiner Website gelöscht hat.

Über den Zynismus, mit dem das Ministerium Hire and Fire in der Wissenschaft rechtfertigt, empören sich seit Juni Zehntausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Auf Twitter schildern sie unter dem Hashtag #IchBinHanna ihre Erfahrungen mit Befristungen und Kettenverträgen, aber auch Ausgrenzung und Diskriminierung in Hochschule und Forschung. #IchBinHanna traf einen Nerv in der akademischen Gemeinschaft und verbreitete sich wie ein Lauffeuer – erst im virtuellen Raum, dann in den Medien, schließlich wurde es politisch wirkmächtig.

Erst musste BMBF-Staatssekretär Wolf-Dieter Lukas (CDU) Stellung nehmen, dann debattierte der Bundestag auf Antrag der Linksfraktion in einer Aktuellen Stunde das Thema, in der sich Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) um Kopf und Kragen redete. Mit der Aussage, das WissZeitVG könne derzeit nicht evaluiert werden, weil „an Hochschulen im Moment gar nichts stattfindet“, brachte sie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erst recht auf die Palme.

Das Engagement vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Corona-Krise war immens hoch. Die Uhren der Zeitverträge tickten dennoch unvermindert weiter, während Forschung und wissenschaftliche Qualifizierung ins Stocken gerieten.

Foto: IMAGO/imagebroker

Das Engagement vieler Lehrender in der Corona-Krise war immens hoch; viele stellten quasi über Nacht Distanzlehre für ihre Studierenden auf die Beine. Gleichzeitig hatten sie wie andere Erwerbstätige und Studierende damit zu kämpfen, Homeoffice und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. Die Uhren ihrer Zeitverträge tickten dennoch unvermindert weiter, während Forschung und wissenschaftliche Qualifizierung ins Stocken gerieten. Und nun mussten sie sich von der Ministerin vorhalten lassen, es fände im Moment gar nichts statt an Hochschulen.

92 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die jünger als 45 Jahre sind, werden mit einem Zeitvertrag abgespeist, die durchschnittliche Laufzeit eines befristeten Arbeitsvertrags mit Promovierenden beträgt 24 Monate, bei Postdocs gerade mal 28 Monate. Dabei dauert eine Promotion je nach Fachrichtung im Durchschnitt drei bis neun Jahre, so die Zahlen des Bundesberichts Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021. Das Hire-and-Fire-Prinzip ist nicht nur unfair gegenüber den hoch qualifizierten und engagierten Kolleginnen und Kollegen, es unterminiert auch die Qualität von Forschung und Lehre sowie die Attraktivität des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern.

Immer mehr Zeitverträge mit immer kürzeren Laufzeiten, lange und steinige Karrierewege, so gut wie keine Berufsperspektiven neben der Professur, fehlende Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung, zusätzliche Hindernisse für Frauen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Migrationshintergrund, Behinderungen oder chronischer Erkrankung – die GEW macht seit Jahren auf die Probleme aufmerksam.

Jüngste GEW-Initiative: die Online-Petition „Dauerstellen für Daueraufgaben“, die bereits über 10.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner unterstützen. Darin geht es der GEW nicht nur um mehr Dauerstellen in der Wissenschaft, sondern auch um einen kräftigen Ausbau der Grundfinanzierung der Hochschulen, gleiche Chancen auf eine erfolgreiche akademische Laufbahn für alle, wirksame Mitbestimmungsrechte, krisenfeste Hochschulen und Forschungseinrichtungen in und nach der Corona-Krise.

GEW macht Druck

Mit dem Rückenwind der #IchBinHanna-Bewegung ist es gelungen, das Thema Beschäftigungsbedingungen und Karrierewege in der Wissenschaft weit nach oben auf die politische Agenda zu rücken. Bereits auf der GEW-Konferenz zur Bundestagswahl im Mai sahen Vertreterinnen und Vertreter sowohl der Opposition als auch der Regierung zum Teil erheblichen Korrekturbedarf beim WissZeitVG. Zuvor hatte die von der GEW im März 2020 veröffentlichte Gesetzesevaluation gezeigt, dass die 2016 auf Druck der GEW vorgenommene WissZeitVG-Novelle zwar für etwas längere Vertragslaufzeiten sorgt, aber insgesamt am Befristungsunwesen in der Wissenschaft nur wenig ändert.

Es kommt jetzt darauf an, den durch #IchBinHanna aufgebauten Druck zu erhalten, zu verstärken und in die anstehenden politischen Weichenstellungen zu tragen – in die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl ebenso wie in die Länder-Tarifrunde, in der sich die GEW für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte stark macht. Dieses Thema ist nach den Tarifforderungen als „zusätzliche Erwartung an die Arbeitgeber“ formuliert. Denn prekäre Beschäftigung fängt im Studium an – auch die wissenschaftliche Laufbahn von Hanna startete bestimmt mit einem Job als studentische Hilfskraft oder Tutorin.

Bildung ist Ländersache, heißt es. Doch in der Wissenschaftspolitik hat der Bund einige Stellschrauben in der Hand, um für mehr Dauerstellen zu sorgen. Dazu gehören eine radikale Reform des WissZeitVG, die Befristungen nur bei echter wissenschaftlicher Qualifizierung wie der Promotion erlaubt und verbindliche Mindestlaufzeiten vorgibt, ebenso wie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Der Bund hat sich in der Grundfinanzierung der Hochschulen zu engagieren und muss die Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen über Pakte und Programme daran knüpfen, dass Prinzipien guter Arbeit eingehalten werden und Tarifbindung für alle Beschäftigten besteht.

Die Zeit ist reif für Dauerstellen für Daueraufgaben.

Andreas Keller,
stellvertretender GEW-Vorsitzender und
Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung

Online-Petition „Dauerstellen für Daueraufgaben“: www.gew.de/dauerstellen
GEW-Aktionskonferenz „Hanna entfristen – Dauerstellen für Daueraufgaben“: 17. November, 11 bis 15 Uhr, Berlin und online
Weitere Informationen: www.gew.de/wissenschaft

Weniger ist das neue Mehr

// Der Klimawandel ist Realität. Um das Ziel zu erreichen, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, sind Maßnahmen erforderlich, die tief in die Lebens- und Konsumgewohnheiten der Menschen eingreifen. Wohlhabende Personengruppen können sich Klimafreundlichkeit eher leisten als finanziell schwache Schichten. Wie kann man diesen Konflikt lösen? Fragen an den Umweltethiker Prof. Markus Vogt. //

E&W: Herr Professor Vogt, haben Umweltethiker wie Sie auch das Thema soziale Gerechtigkeit bei den Antworten auf den Klimawandel im Blick?

Prof. Markus Vogt: Es geht darum, Gerechtigkeit auch auf globaler und internationaler Ebene mitzudenken. Es gibt aber auch innerhalb Deutschlands ein verteilungspolitisches Problem, die soziale Dimension muss hier stets mitgedacht werden. Es ist klar, dass gewaltige Umbrüche auf uns zukommen. Wir wissen, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Die Reichen können sich die Belastungen leichter leisten, insofern muss Klimapolitik sozial abgefedert werden.

Foto: IMAGO/Future Image

Mehr Klimaschutz wird zweifelsohne auch zu höheren Treibstoffpreisen führen. Betroffen sind in erster Linie Geringverdiener, die etwa auf das Auto als Beförderungsmittel zum Arbeitsplatz angewiesen sind.

E&W: Im Wahlkampf ist es schwierig, das Thema Klimawandel und soziale Gerechtigkeit zu diskutieren.

Vogt: Ja, aber wir müssen einen Bewusstseinswandel voranbringen. Das Klimaschutzgesetz von 2019, das 2045 Treibhausgasneutralität erreichen will, setzt da einen strengen Rahmen. Nach dem aufsehenerregenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts* geht es um die Verteidigung der Freiheitsrechte mit Blick auf die nachwachsende Generation. Wir dürfen den Umbau nicht auf die Zeit nach 2030 verschieben.

E&W: Die Rolle von Wachstum wird bei Umweltethikern kontrovers diskutiert. Braucht die Gesellschaft nicht ein gewisses wirtschaftliches Wachstum, um die Umbrüche einigermaßen sozial abfedern zu können?

Vogt: Ich bin kein kategorischer Gegner von Wachstum, es gibt viele Gebiete, die wachsen können und wachsen sollen, zum Beispiel im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe. Diese können Grundlage für die Industriegesellschaft von morgen sein. Wir brauchen eine Ressourcenwende, etwa hin zu Bioplastik, ähnlich der Energiewende. Wir brauchen eine Entkoppelung von Wachstum und Verbrauch durch mehr Effizienz. Zusätzlich müssen wir uns fragen: Was ist uns wichtig? Wie können wir mehr Lebensqualität durch weniger erreichen? Zeitwohlstand ist ein wichtiges Beispiel. Die Mobilität, die wir heute haben, ist unsinnig und Ausdruck eines gehetzten Lebensstils. Die Reichen fliegen viel mehr als andere. Weniger Autoverkehr brächte weniger Lärm, das muss natürlich flankiert werden durch einen besseren öffentlichen Nahverkehr.

E&W: Die Bekämpfung des Klimawandels gibt es nicht zum Nulltarif, höhere Steuern für reichere Personengruppen in der Gesellschaft werden kontrovers diskutiert. Was schlagen Sie vor, damit die Kosten nicht gerade die Bezieher niedriger Einkommen besonders treffen?

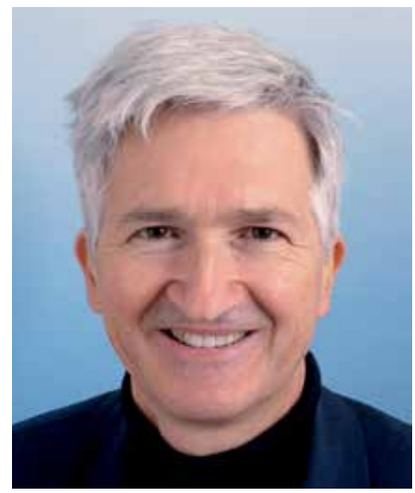


Foto: privat

Markus Vogt ist Professor für christliche Sozialethik an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München, seine Schwerpunkte sind seit vielen Jahren Nachhaltigkeit sowie Wirtschafts- und Umweltethik.

Vogt: Klar ist, wir haben eine gigantische Überschuldung durch die Corona-Krise: Es hat aber keinen Sinn zu sagen, wir haben jetzt alles ausgegeben, und die Klimakrise nehmen wir nicht ernst. Hier müssen wir investieren, wir können daher nicht kurzfristig zur „Schwarzen Null“ zurückkehren. Wir müssen jetzt den Übergang in eine postfossile Gesellschaft finanzieren. Die Politik muss in technische Innovationen investieren, um den industriellen Umbruch vor allem im Energie-, Gebäude- und Mobilitätssektor zu gestalten. Gleichzeitig können die staatlichen Einnahmen steigen. CO_2-Steuern sind sinnvoll, da sie zu gewaltigen Einnahmen führen können. Aus diesen sind einkommensschwächere Haushalte zu unterstützen, bis hin zu einer kostenlosen Energieberatung.

E&W: Eine Energieberatung wird nicht ausreichen. Was könnte der Staat tun, damit diese Menschen die Bekämpfung des Klimawandels finanziell entspannter unterstützen könnten?

Vogt: Ein wichtiger Bereich ist bezahlbares und klimaverträgliches Wohnen. Investitionen in Energiesparen müssen in wesentlichen Teilen von den Ver-

mietern getätigt werden. Ein weiterer Bereich sind die Lebensmittel. Die Menschen in Deutschland geben im Schnitt 13 Prozent ihres Einkommens für ihr Essen aus. In der subjektiven Wahrnehmung wird dieser Bereich etwa im Vergleich zum Auto überschätzt. Die Umweltbelastung durch die Landwirtschaft ist sehr hoch, wir brauchen Rahmenbedingungen, um ökologisch verträgliche Lebensmittel zu entwickeln – auch bei den Discountern.

E&W: Zwischen Arbeitnehmerschaft und Umweltbewegung gibt es Konflikte. Sehen Sie auch Gemeinsamkeiten?

Vogt: Die Ökobilanz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist besser, als man denkt. Im Durchschnitt beanspruchen sie eine geringere Wohnfläche, und sie fliegen auch weniger als finanziell Bessergestellte. Wichtig ist, das Gemeinsame zu entwickeln. Ein persönliches Beispiel: Ich habe viele Jahre günstig in der Wohnungsbaugenossenschaft West in München gelebt. Bewohner aller Gesellschaftsschichten leben hier zusammen. Das ökologische Management funktionierte hervorragend: viel geringere Heizkosten, rechtzeitige Fensterisolierung und ökologische Müllkonzepte intelligent organisiert.

E&W: Wird der Aspekt von sozialer Gerechtigkeit und Klimawandel im Schulunterricht genügend behandelt?

Vogt: Ich wünsche mir, dass Klimawandel und Nachhaltigkeit nicht nur als Katastrophen- oder Zusatzthemen im Unterricht vorkommen. Hier sollte grundsätzlicher nachgedacht werden: In welcher Gesellschaft wollen wir leben, was sind die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts? Das Wohlstandsmodell sollte in Frage gestellt werden. Die Fragen der Jugendlichen sollten ernst genommen und Räume der Kommunikation über Zukunftsfragen geschaffen werden.

Interview: Gerhard Endres,
freier Journalist

***Das Bundesverfassungsgericht hat Ende April das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung in Teilen als verfassungswidrig bezeichnet. Es dürfe nicht „einer Generation zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO_2-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen“ werde.**

Jüngste Veröffentlichung von Prof. Markus Vogt: Christliche Umweltethik, Grundlagen und zentrale Herausforderungen. Verlag Herder, Freiburg 2021, 784 Seiten.

HISTORISCH-POLITISCHE BILDUNG ZUM WIDERSTAND GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS

Am historischen Ort und in Online-Formaten informieren wir Jugendliche und Erwachsene über die gesellschaftliche Vielfalt des Widerstands. In kostenfreien interaktiven Ausstellungsrundgängen, Seminaren und Fortbildungen geht es um Motive, Ziele, Handlungsspielräume und Widerstandsformen von NS-Gegner*innen sowie die Erinnerung an sie nach 1945.

Wir erwarten gerne Ihre Anfrage:
www.gdw-berlin.de
Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Beratung zum Bildungsangebot:
Tel. 030/269950-18 und -27
oder bildung@gdw-berlin.de

HISTORISCH-POLITISCHE BILDUNG IN DER GEDENKSTÄTTE STILLE HELDEN

Unsere kostenfreien Bildungsangebote zum Widerstand gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung in Europa richten sich an Jugendliche und Erwachsene. Wir bieten Führungen durch die Dauerausstellung, mehrstündige Seminare und Fortbildungen an. Dabei beschäftigen wir uns mit Biografien sowohl von verfolgten Jüdinnen und Juden als auch von Helferinnen und Helfern.

Wir erwarten gerne Ihre Anfrage:
www.gedenkstaette-stille-helden.de
Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Beratung zum Bildungsangebot:
Tel. 030/2639-23 822
oder bildung@gedenkstaette-stille-helden.de

Den richtigen Ton getroffen

// YouTube, TikTok oder Instagram sind für viele Schülerinnen und Schüler wichtige Informationsquellen. Fake News werden oft nicht erkannt. Das bundesweite Projekt „Journalismus macht Schule“ will gegenhalten. //

„Sagt euch Peter Scholl-Latour was?“, fragt Tagesschau-Sprecher Constantin Schreiber. „Nee“, antwortet eine Achtklässlerin. Auch von Ernest Hemingway, wie Scholl-Latour ein berufliches Vorbild des NDR-Journalisten, haben die Mädchen und Jungen der „Friedensschule Oberschule“ im sächsischen Plauen noch nichts gehört. „Wo bezieht ihr eure Informationen her?“, will Schreiber wissen. „Das bekommt man auf TikTok mit. Was die Leute sagen, was gerade passiert“, sagt ein Mädchen. „Die Tagesschau gibt’s auch bei TikTok“, erklärt Schreiber. „Aber da bin ich nicht. Bei TikTok kenn ich mich nicht so super aus.“

Per Videokonferenz hatten die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, den prominenten TV-Mann kennenzulernen. „Wie sind Sie auf den Beruf Journalist gekommen?“, lautete eine Frage. „Aus welchen Ländern haben Sie schon berichtet?“, hieß eine andere. Auch Schreiber zeigte sich neugierig – und lernte dazu. „Sie müssen sich jemanden aussuchen, der Ihnen antworten muss“, klärte ihn Lehrerin Lucienne Raithel auf. Richte er seine Frage an die ganze Klasse, reagiere niemand.

„Journalismus macht Schule“, heißt das Projekt, an dem Schreiber zusammen mit mehreren Hundert Journalistinnen und Journalisten, darunter Claus Kleber (ZDF) und Caren Miosga (ARD), teilnahm. Auch YouTuber Mirko Drotschmann („Mr. Wissentogo“) war mit von der Partie. Es gehe darum, „die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu verbessern“, erklären die Projektverantwortlichen. Ziel sei es, die jungen Leute zu „kompetenten Akteuren in der demokratischen Öffentlichkeit zu machen“. Hinter der Initiative stehen Süddeutsche Zeitung, Die Zeit, NDR, BR, RBB und ZDF, außerdem die gemeinnützige Recherchegruppe Correctiv, Netzwerk Recherche sowie Journalistenschulen, Institutionen der Lehrkräftefortbildung und der politischen Bildung.

Fragen gemeinsam erarbeitet

In Plauen hatten die Schülerinnen und Schüler zur Vorbereitung den Instagram-Kanal von Schreiber besucht. Auf YouTube, so Raithel weiter, habe man Interviews mit ihm angeschaut. „Wir haben die Fragen gemeinsam erarbeitet. Und überlegt, wer wann welche Fragen stellt“, so die 42-Jährige, die Deutsch und Ethik unterrichtet.

Ortswechsel. Lübeck, Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium. Zu Besuch, ebenfalls per Videokonferenz, ist Steffen Klusmann, Chefredakteur des Spiegel. Er gibt sich meinungsstark. „Der Spiegel ist links-liberal, das ist er immer gewesen.“ Eine politische Position zu haben,

sei erlaubt. „Wichtig ist, dass alles belegt ist“, erklärt Klusmann. Er warnt vor Fake News, die auch bei den US-Wahlen 2016 eine Rolle gespielt hätten: „Diese ganzen Desinformationskampagnen der russischen Regierung. Die haben den amerikanischen Wahlkampf gekapert!“ Diese Aussage stößt auf Widerspruch, wie auf YouTube zu sehen ist. Ein User namens „SteffonSearch“ schreibt im YouTube-Chat: „Das ist leider gelogen! Wo ist ihr Beleg, dass Russland massiv in den US-Wahlkampf eingegriffen hat.“ Doch weder Klusmann noch die Lübecker Schülerinnen und Schüler greifen die Wortmeldung auf. Also kein Dialog mit Andersdenkenden oder Anhängern „alternativer Medien“? Kuno Haberbusch von den Projektverantwortlichen nennt für das Nichtreagieren technische Gründe. „Was bei YouTube im Chat geschah, konnten weder wir noch die Gesprächspartner sehen“, so Haberbusch auf E&W-Anfrage. Man habe ausschließlich den Chat des Videokonferenztools Zoom im Blick gehabt. „Alle direkt am Gespräch Beteiligten hatten keine Kenntnis über die von Ihnen geschilderten Einträge.“

Zurück in Plauen. Wie wurde der digitale Schulbesuch nachbereitet? „Jeder musste seine Fragen vorlesen und sagen, was Herr Schreiber geantwortet hat“, berichtet Lehrerin Raithel. „Überraschenderweise wussten viele auch noch die Antworten auf Fragen der anderen Schülerinnen und Schüler.“ Die Pädagogin ist hochzufrieden: „Das war sehr positiv.“ Sie lobt Schreiber. Er habe den richtigen Ton getroffen und konnte „nachvollziehen, dass meine Schülerinnen und Schüler teilweise keinen Zugang zu seinem Sendeformat haben – und wollte unbedingt wissen, woran das liegt“.

Foto: IMAGO/Panthermedia

Geschützter Raum

Juliane Pfeiffer, Medienwissenschaftlerin an der Uni Leipzig, erklärt zum Projekt: Es sei ein „gutes Konzept“, dass Schülerinnen und Schüler zur Vorbereitung Fragen erarbeitet hätten. Sie begrüßt, dass die Veranstaltung nicht als Podiumsdiskussion organisiert war, sondern im Klassenverband. Der sei „ein geschützter Raum“, die Mädchen und Jungen seien dort „eher redebereit als in der großen Aula“. Sie trauten sich, „auch vermeintlich dumme Fragen zu stellen“. Allerdings sei die Auswahl der teilnehmenden Medien nicht repräsentativ. Es bleibe abzuwarten, ob künftig auch „Cicero, FAZ, das sächsische Radio PSR oder ProSieben“ Eingang fänden. Zudem wäre eine Kooperation mit dem Verein Neue Deutsche Medienmacher*innen „überlegenswert“. Dieser Verein vertritt die Interessen von Journalistinnen und Journalisten, die aus eingewanderten Familien stammen.

Pfeiffer erinnert daran, dass sich Verlage nicht erst seit dem Aufkommen von Fake News an Schulen engagieren. Projekte wie „Zeitung in der Schule“ gebe es seit vielen Jahren. „Verlage investieren sicherlich auf diesem Weg in die Werbung neuer Kundinnen und Kunden und versuchen, ihre Medienmarke zu stärken.“ Wir nehmen an: Dieses Ziel dürfte auch bei „Journalismus macht Schule“ eine Rolle spielen. Gleichwohl spricht alles dafür, das Projekt auszubauen und fortzusetzen.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

journalismus-macht-schule.org

Magnet für Ausbeutung

// Haiti gehört zu den ärmsten Ländern dieser Welt. Das zeigt sich besonders am desolaten Zustand des Bildungswesens. //

Cholera, Covid-19, eine seit Jahren schwelende politische Krise, ein blutiger Putschversuch, bei dem Präsident Jovenel Moïse getötet wurde, und zuletzt ein Erdbeben: Mit Katastrophen- und Krisennachrichten ist der Karibikstaat Haiti regelmäßig in den Schlagzeilen präsent. Ein Sorgenkind ist die ehemalige französische Kolonie aber auch aus langfristiger Entwicklungsperspektive. Wie in einem Brennglas zeigen sich dort die Folgen der Ausbeutung und anschließenden Vernachlässigung der „Neuen Welt“ durch die Europäer. Die New York Times nannte Haiti einmal einen „magnet for exploitation“ („Magnet für Ausbeutung“) – die Insel blieb auch nach der Ausrufung der Unabhängigkeit vor mehr als 200 Jahren ein Spielball von außen kommender Interessen.

Die internationale Politik zeigt zugleich gerne mit dem Finger auf Haiti. So betonte das Parlament der Europäischen Union (EU) im Mai 2020 in einer Entschließung, die Insel sei „das einzige Land des amerikanischen Kontinents, das zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählt“. Nach dem UN-Entwicklungsindex UNDP nehme Haiti weltweit den 170. Rang ein, und sei „weiterhin auf humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe angewiesen“. Die schlechte Ernährungssituation der Bevölkerung habe sich in jüngster Zeit weiter verschärft. Zugleich kritisierten die EU-Parlamentarier die „Misswirtschaft mit internationalen Mitteln“.

Besonders sichtbar ist die Misere des Karibikstaates im Bildungswesen – mit einer Analphabetenrate von mehr als 60 Prozent bildet Haiti das traurige Schlusslicht in Mittel- und Südamerika. Viele Kinder besuchen private Schulen, die meisten Grundschulen verlangen Schulgebühren, obwohl die Verfassung den kostenlosen Schulbesuch garantiert.

„Von den verarmten Eltern schaffen es viele nicht, die Schulgebühren aufzubringen, der Zugang zur öffentlichen Bildung ist auf 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler begrenzt“, bestätigt Georges Wilbert Franck, Koordinator der haitianischen Lehrergewerkschaft UNNOEH (Union Nationale des Normaliens/nes et Educateurs/trices d‘Haiti). Die Qualität der Bildung hänge im privaten Sektor stark von lokalen Bedingungen ab, nicht zuletzt von der ökonomischen Situation der Schülerinnen und Schüler: „Je ärmer eine Region ist, desto schlechter sind die Schulen dort ausgestattet – auch das Gehalt der Lehrkräfte wird von der Realität vor Ort beeinflusst“, so Franck. Vielerorts sei es schwierig, geeignete Lehrerinnen und Lehrer anzuwerben.

Schulen mussten schließen

Durch Corona ist die Schere beim Zugang zu Bildung weiter auseinandergegangen. „Die weltweiten wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie treffen viele Familien, die auf Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland angewiesen sind“, berichtet Magalie Georges, Generalsekretärin der haitianischen Bildungsgewerkschaft CNEH (Conféderation Nationale des Educatrices et Educateurs d‘Haiti). „Die Belastung durch Bildungskosten ist dadurch angestiegen, so dass viele Schülerinnen und Schüler das Schuljahr nicht beenden konnten.“

Nicht nur Kinderarbeit verhindert oft die Teilhabe an Bildung, sondern auch Zwangsarbeit von Minderjährigen, auf Haiti „Resteavec“ genannt, „bei jemandem bleiben“ – die Kinder der verarmten Unterschichten verdingen sich in fremden Familien.

Ein normaler Schulbetrieb konnte in den vergangenen Monaten oft auch den Kindern aus wohlhabenderen Familien nicht angeboten werden. Denn seit 2020 hat die Lähmung des politischen Systems zum Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung geführt.

„Unsere Schwesterorganisationen in Haiti berichten von einer weit verbreiteten Atmosphäre der Unsicherheit, die seit vielen Monaten im Land herrscht“, warnte die stellvertretende Vorsitzende der Bildungsinternationale (Education International – EI), Marlis Tepe, Mitte des Jahres in einem Brief an die deutsche und haitianische Regierung. Zugleich hätten die Bildungsbehörden Strafmaßnahmen gegen hauptamtliche Gewerkschafter verhängt, wird in dem Schreiben kritisiert – so wurden etwa CNEH-Generalsekretärin Georges und UNNOEH-Koordinator Franck in entlegene Gebiete versetzt. „Diese Situation ist völlig inakzeptabel“, betont Tepe und nimmt Deutschland in besondere Verantwortung – schließlich sei die

Bundesrepublik Mitglied der für Haiti zuständigen „UN Core Group“.

Wie das Leben vor Ort schon vor dem Anschlag auf Präsident Moïse aussah, berichtet Georges: „Die Gewalt auf den Straßen schränkt das Leben der Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte stark ein. In Port-au-Prince mussten viele Familien aus ihren Stadtvierteln fliehen, die Häuser wurden von Gangs geplündert. Die Schulen in den Konfliktbezirken mussten schließen, die Lehrkräfte werden nicht mehr bezahlt.“ In den ländlichen Regionen seien die Unruhen zwar weniger zu spüren, lokale Hotspots gebe es aber auch dort.

Wie beim Schutz vor der Gewalt hat die Regierung auch bei Corona kaum Möglichkeiten einzugreifen. „Es wurde keine einzige Maßnahme zum Schutz der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler vor der Pandemie ergriffen“, moniert Georges. „In vielen Schulen gibt es nicht einmal Wasser zum Händewaschen, es fehlen räumliche Kapazitäten für Abstandsmaßnahmen.“ Das Tragen von Masken geschehe nur auf freiwilliger Basis, selbst in der Hauptstadt Port-au-Prince sei die Impfkampagne bisher kaum in Gang gekommen. „Seit der zweiten Corona-Welle hat die Regierung Schulfeiern während des Schuljahres und vor den Ferien abgesagt, ansonsten ist aber nichts passiert, es gibt keine konkreten Schutzmaßnahmen“, bemängelt Franck.

Doch die eigentlichen Probleme liegen deutlich tiefer. Neben Soforthilfen in Bereichen wie Hygiene, Schulessen oder Lernmitteln fordern Georges wie auch Franck deswegen grundlegende Reformen, um das von der Verfassung garantierte Recht auf Bildung ebenso durchzusetzen wie das Recht auf gewerkschaftliche Tätigkeit. Vorerst bleiben allerdings viele Unwägbarkeiten: Schafft Übergangspräsident Joseph Lambert es mit den vorhandenen Mitteln, die Lage zu beruhigen? Werden die für den 26. September (nach Drucklegung dieser Ausgabe, Anm. d. Red.) angesetzten Neuwahlen Parlament und Regierung wieder Legitimität verleihen? Viel hängt auch davon ab, wie sich die USA und die EU verhalten.

Ansgar Warner,
freier Journalist

Durch das Erdbeben Mitte August wurden auf Haiti viele Schulen zerstört.

Foto: IMAGO/ZUMA Wire

Geprägt durch den Antikommunismus

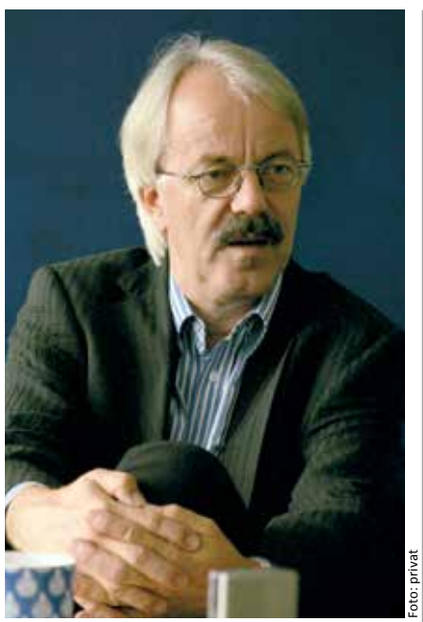


Foto: privat

Hans-Peter de Lorent

// Bildungsforscher Hans-Peter de Lorent würdigt in einer Biografie den ehemaligen GEW-Vorsitzenden Erich Frister. //

E&W: Erich Frister leitete die GEW von 1968 bis 1981, in den Zeiten der Berufsverbote. Das Thema betraf auch Sie als jungen linken Lehrer. Warum haben Sie seine Biografie geschrieben, und hat Sie bei der Recherche etwas überrascht?

Hans-Peter de Lorent: Ich beschäftige mich seit über 40 Jahren mit Bildungsgeschichte und fand es notwendig, über diese Person zu schreiben, die in den 1970er-Jahren prägend in der bildungspolitischen Debatte war. Ich selbst habe ihn bei Auftritten als glänzenden Rhetoriker erlebt. Überraschungen gab es einige, denn so sehr Frister öffentlich aufgetreten ist, so wenig hat er sich über Privatleben und Werdegang geäußert. So habe ich Details seiner Herkunft herausgefunden, die selbst enge Weggefährten nicht kannten – mutmaßlich nicht einmal Frister selbst. Es geht unter anderem um seinen Adoptivvater, der ins KZ Buchenwald kam, allerdings nicht als politischer oder jüdischer Gefangener, sondern wegen – von den Nazis behaupteter – Straftaten. Heute lässt sich die Akte übers Internet herunterladen, Frister konnte das damals nicht.

E&W: Sie beschreiben seine Talente, seine rhetorischen Fähigkeiten. Gleichzeitig führte er autoritär, gerade Frauen gegenüber, und schloss seinen eigenen Landesverband Berlin aus der GEW aus. Wäre jemand wie Frister heute noch als Vorsitzender tragbar?

de Lorent: Er war eine Figur seiner Zeit, geprägt durch den Antikommunismus in Westberlin, geprägt durch eigene Verletzungen aus der Kindheit – ich vergleiche ihn mit Ex-Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), der eine ähnliche Geschichte hatte. Frister war sehr misstrauisch und stringent in der Arbeit: Auf Debatten, die er abwegig fand, mit Leuten, die er für Spinner hielt, hatte er keine Lust. Auch wegen dieser Haltung wäre er 1981 nicht wiedergewählt worden.

E&W: Warum ist es heute wichtig, sich mit ihm zu befassen?

de Lorent: In den 1970er-Jahren war Erich Frister die GEW. Er hat das Profil der Gewerkschaft geschärft, er hat viel geleistet für Lehrerausbildung, gerade für die Grund- und Hauptschullehrkräfte. Auch für eine entsprechende Besoldung hat er sich eingesetzt. In der Debatte um die Berufsverbote ist interessant, wie sich seine Haltung verändert hat.*

E&W: Sie haben seinen privaten Hintergrund beleuchtet – Frister kam aus sogenannten kleinen Verhältnissen, wurde zum Kriegsdienst eingezogen, hat nie studiert. Spornte ihn an, dass ihm Bildungschancen verbaut waren?

de Lorent: Ganz genau, das war sein Impuls. Er hat für Chancengleichheit für Kinder aus unterprivilegierten Familien gekämpft, in dem Zusammenhang steht auch der Einsatz für bessere Bedingungen an Grund- und Hauptschulen. Aus der eigenen Lebensgeschichte motiviert ist auch sein Unwillen, über seine Herkunft zu sprechen. Er bewegte sich auf der politischen Bühne mit Personen wie dem

Erich Frister

Foto: J.H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung-6/FJHD005022

ehemaligen Bundesbildungsminister und späteren Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD), und es muss für Frister eine Genugtuung gewesen sein, dass er einen Saal mitreißen konnte, was der Yale-Absolvent Dohnanyi nicht schaffte.

E&W: Die Tragik ist, dass Frister, statt die Schulen demokratischer zu machen, mit den internen Konflikten der GEW befasst war. Ist er gescheitert?

de Lorent: Die Gewerkschaft hat auch in diesen Jahren inhaltlich gearbeitet, hat sich für andere Schulen eingesetzt, etwa für die Entwicklung von Gesamtschulen. Dabei hat Frister eine wichtige Rolle gespielt. Bei der Integration der Junglehrer der antiautoritären Studentenbewegung hat er keine gute Figur gemacht. Hier passt der Vergleich mit der SPD, die ähnliche Schwierigkeiten mit der jungen Generation hatte.

E&W: Aktuelle Studien über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse stellen den äußeren Druck auf die GEW dar, Sie betonen innere Spaltungen und Fristers Haltung als Antikommunist?

de Lorent: Er war von der Berliner Frontstadt-Atmosphäre geprägt. Hinzu kommt: Die GEW ist ursprünglich eine Volksschullehrer-Gewerkschaft gewesen, in den Gremien bestimmten Rektoren, oft ältere Leute. Nun kamen, gerade aus den Unis der Stadtstaaten, die jungen Radikalen, die schon in Auftreten und Habitus anders waren. Frister hat diese Jungen nicht integrieren können. Aber welchen großen Respekt er auch bei den Linken genoss, zeigt der Vorfall rund um die Festnahme von Ulrike Meinhof, den ich schildere: Sie und ein weiteres RAF-Mitglied hatten sich bei Fritz Rodewald, dem Sprecher der Junglehrer der GEW, einquartiert, und der suchte in dieser schwierigen Lage den Rat Fristers, der ihm politisch eher fernstand.

E&W: Von der GEW ging Frister zum gewerkschaftseigenen Wohnungsunternehmen „Neue Heimat“ (NH), er kam damit „vom Regen direkt in die Jauche“, wie er selbst sagte, denn das Unternehmen stand durch Missmanagement vor dem Bankrott. Wie hat er verkraftet, dass seine Karriere mit diesem dunklen Fleck endete?

de Lorent: Er hatte eine lange Karriere hinter sich, aber war erst 54 Jahre alt. Als sich seine Hoffnung zerschlug, DGB-Vorsitzender zu werden, kam das Angebot, zur NH zu gehen. Das Unfaire war, dass ihm nicht gesagt wurde, dass dort einiges im Argen war. Nach drei Monaten flog das auf, die Geschichte kostete die Gewerkschaften am Ende Milliarden. Für Frister muss das tragisch gewesen sein. Er ist noch dabeigeblieben und hat versucht, die Dinge für die Beschäftigten zu regeln, aber das war bei diesem Desaster nicht mehr möglich. Ungerecht ist, dass bei vielen vor allem seine Tätigkeit bei der NH im Gedächtnis geblieben ist.

E&W: Am Ende seines Lebens litt er unter Parkinson, hatte kaum mehr Kontakte zu alten Weggefährten. Hat die GEW ihren langjährigen Vorsitzenden zu wenig wertgeschätzt, oder lag es an seiner Haltung?

de Lorent: Wahrscheinlich eine Mischung aus beidem. Frister hatte sich zurückgezogen, und weil er persönliche Kontakte nicht gepflegt hatte, gab es eben weniger Treffen. Mit der Biografie wollte ich auch an die Verdienste erinnern, die er sich um die Bildungspolitik und die GEW erworben hat.

Interview: Esther Geißlinger,
freie Journalistin

***siehe E&W 9/2021, S. 36 f. Erich Frister hatte sich vom Linken, der sich zunächst zum Pluralismus bekannt hatte, zum Vollstrecker der sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW gewandelt.**

Der Anpackende

Foto: Inge Werth

Heiko Gosch

Heiko habe ich 1979 kennengelernt, als die Universität Bremen eine Delegation von 50 Studierenden nach Libyen zum 10. Geburtstag der Universität Bengasi entsandte. Was wir erst dort erfuhren: Wir sollten sportliche Wettkämpfe austragen. Diskutieren konnten alle wunderbar, aber Sport? Heiko nahm die Sache entschlossen in die Hand und bastelte aus unserem wilden Haufen irgendwie Mannschaften für Fußball und Volleyball zusammen. So war Heiko. Wenn es etwas anzupacken galt, nahm er es in die Hand.

Heiko hat sich in unterschiedlichen Funktionen in der GEW und im Personalrat engagiert. In den 1990er-Jahren arbeiteten wir zusammen als Landesvorstandssprecher/in, sein Lieblingsthema waren die Arbeitszeitmodelle.

Die Angestellten – davon hatten wir in Bremen ja viele, da über Jahre nicht verbeamtet wurde – konnten auf ihn zählen. Wir streikten zu den Tarifrunden und das ausgiebig. In Bremen und Bremerhaven – Heiko war immer ansprechbar.

Um der Ungleichbehandlung der Angestellten gegenüber den Beamten zu begegnen, kamen wir auf die Idee, tarifvertraglich eine Zulage für Angestellte zu erreichen. Mehrere massenhafte Streiks zwangen den Arbeitgeber zu Schlichtungsverhandlungen. Heiko leitete die Delegation der GEW. Als es dann zu später Stunde endlich zu einem Ergebnis gekommen war, hat Hans Koschnick (SPD) als Schlichter eine Flasche Kirschwasser bestellt. Wir wurden genötigt, mit dem ehemaligen Bürgermeister von Bremen dieses für uns doch eher ungewohnte Getränk zu zelebrieren.

Ende der 1990er-Jahre ist Heiko dann nach Frankfurt am Main umgezogen. Dort arbeitete er von 1998 bis 2005 als GEW-Vorstandsmitglied für den Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik.

In den letzten Jahren seiner Berufstätigkeit pendelte Heiko zwischen Frankfurt und Bremen. Hier arbeitete er in der Bildungsbehörde als Referent für die Unterrichtsversorgung der Bremer Schulen.

In all den Jahren gab es für uns einen festen Termin: Glühwein auf dem Weihnachtsmarkt an der Schlachte.

Ihn, seinen Humor und seine Ironie werde ich vermissen.

Yasmina Wöbbekind,
Landesvorstandssprecherin der GEW Bremen von 1992 bis 2004

Wagenburgmentalität

(E&W 6/2021, Seite 34 f.: „‚Querdenken‘ im Harz“ und die Leserbriefe in E&W 7-8/2021, S. 46 f., die sich mit dem Beitrag beschäftigen)

Da wir uns im vergangenen Jahr in unserer Auseinandersetzung mit extremen Rechten häufiger mit den Verbindungen der „Querdenker:innen“ in die rechte Szene beschäftigen mussten, habe ich den gut recherchierten Artikel von Andrea Röpke mit großem Interesse gelesen. Die große Zahl von Leser:innenbriefen, die den Beitrag allgemein als pauschalisierend und unsachlich bewerteten, hat mich deshalb überrascht. Ich wollte die Kritik sachlich prüfen, fand aber zunächst in den Leser:innenbriefen keine sachlichen Argumente der Kritiker:innen.

Deshalb habe ich das Gespräch mit den Kritiker:innen gesucht, sie angeschrieben oder angerufen und sie gebeten, mir Fehler oder Falschinformationen im Artikel zu benennen. Eine Leserbriefschreiberin habe ich nicht erreicht. Keine:r von ihnen konnte auch nur einen sachlichen Fehler im Artikel benennen. Einzelne gehörten offenbar selbst dem rechtsoffenen „Querdenker:innenmilieu“ an, andere sahen einfach die „Querdenkenaktivitäten“ an Waldorfschulen zu kritisch dargestellt.

Besonders in der anthroposophischen Szene scheint die Bereitschaft zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit den rassistischen und wissenschaftsfeindlichen Grundlagen in der Ideologie Rudolf Steiners und der Praxis mancher Anthroposophen heute immer noch zu schwach ausgeprägt zu sein. Mit einer Art von Wagenburgmentalität wird häufig Kritik pauschal abgewehrt, werden Steiners Aussagen verharmlosend historisiert und manchmal der/die Überbringer:in der Botschaft diffamiert. Das wird auf Dauer nicht funktionieren.

Wir erleben in der Kooperation mit Arbeitsgruppen zu „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an Waldorfschulen, dass zunehmend Schüler:innen, aber auch Eltern und Lehrkräfte einer neuen Generation das nicht mehr hinnehmen wollen. In Minden waren es zum Beispiel einige Schüler:innen, die die Verbindungen ihres Werklehrers in die extreme Rechte entdeckten und bekannt machten. Weitere Infos finden sich im Film „Freie Schulen im Visier der extremen Rechten“, der die Recherchen von Andrea Röpke sachlich visualisiert, unter www.wabe-info.de.

Rudi Klemm, Verden

Anm. d. Red.: Die E&W-Redaktion achtet auf den Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte der Kolleginnen und Kollegen. Sie hat keine Kontaktdaten der Leserbriefschreiberinnen und -schreiber weitergeleitet, die Herr Klemm – wie in dem Leserbrief dargestellt – offenbar angesprochen/angeschrieben hat.

Gefährliche Querfront

Ich danke der E&W-Redaktion ausdrücklich für diesen Artikel. Es ist sehr wichtig, die Verbindungen zwischen dem Querdenker-Milieu und den Coronaradikalen auf der einen und den rechtsextremen Ideologien und Netzwerken auf der anderen Seite aufzuzeigen. Noch viel zu sehr werden die Querdenker als „besorgte Bürger“ verharmlost. Dabei hat sich hier eine gefährliche Querfront gebildet – und das von Leuten, die sich selbst mal als (vermeintlich) links identifizierten. Das mögen sie vielleicht auch einmal gewesen sein. Aber im Zuge der Pandemie hat hier eine gefährliche und demokratiezersetzende Radikalisierung hin zur Querfront stattgefunden, die – gepaart mit der Benutzung vermeintlicher „Alternativquellen“ – ihre ganz eigene Welt geschaffen hat. Insbesondere im Bildungssystem ist das sehr gefährlich: Wenn nicht einmal die hier Beschäftigten es schaffen, diese vermeintlichen „Alternativmedien“ zu hinterfragen und grundlegende Medien- und Wissenschaftskompetenz zu zeigen, wie soll dies dann an andere vermittelt werden?

In den Telegram-Gruppen der Coronaradikalen und auf den Demos derselben kann man gut nachvollziehen, wie im Laufe der Zeit die Radikalisierung stattgefunden hat. Waren es am Anfang oft noch Unsicherheit und ein vormodernes Natur- und Körperverständnis, hat im Laufe der Zeit durch fehlenden Mindestabstand zu den zuhauf aktiven rechtsextremistischen Akteur*innen immer mehr eine Vermischung der Diskurse stattgefunden und sich zunehmend der rechtsextremistische Diskurs breitgemacht – im Übrigen für den Einstieg gut aufbereitet im Buch „Fehlender Mindestabstand“ von Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.).

Gerade als Gewerkschaft und prägende gesellschaftliche Institution ist es wichtig, hier aufzuklären und aktiv Stellung zu beziehen. Einer der Leserbriefe erwartet einen „Vermittlungseinsatz zwischen den Fronten“. Das wäre aber zutiefst verkehrt, würden dadurch doch die Radikalen legitimiert und verharmlost. Wichtig hingegen ist es, klare Kante zu zeigen. Der Artikel von Andrea Röpke war richtig und wichtig.

Heiner Schulze, Nordhausen

Demontierter Sozialstaat

(E&W 7-8/2021, Seite 13: „Aktiv gegen Rechts“)

Den Argumenten für „Aktiv gegen Rechts“ seien noch einige Punkte hinzugefügt, nämlich Antworten auf die Frage, warum in der Geschichte Rechts stark wurde und heute wieder wird.

Im Jahre 1928 saßen gerade zwölf Abgeordnete der NSDAP im Deutschen Reichstag. Nach dem „Schwarzen Freitag“ 1929, als die USA sämtliche Kredite aus Deutschland abzogen, geriet auch Deutschland in eine schwere Wirtschaftskrise. Ergebnis: etwa 7.000.000 Arbeitslose, auf der Straße wurde gehungert, gestorben. 1932 erhielt die NSDAP 196 Abgeordnete, am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Kohle- und Stahlbarone hatten die Nazis stark gemacht. Der Rest bis 1945 ist bekannt!

Heute: Laut Statistischem Bundesamt haben derzeit 15,9 Prozent der Deutschen ein Einkommen, das geringer als 60 Prozent des mittleren Einkommens ist. Die Armut frisst sich mittlerweile in die Mitte der Gesellschaft hinein und wurde durch den mehrmaligen Shutdown verstärkt. Kurzarbeiter, Solo-

selbstständige, Kleinunternehmer sind an den Rand des Ruins geraten. Diverse Bundesregierungen haben Reiche und Hyperreiche begünstigt, 45 Familien sind reicher als die Hälfte der Bevölkerung zusammengerechnet. Der Arbeitsmarkt wurde extrem dereguliert, Kündigungsschutz gelockert, Leiharbeit „liberalisiert“, mit Mini- und Midijobs wurden prekäre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Der Sozialstaat wurde demontiert, eine auskömmliche Rente fehlt vielen Menschen. Kapital- und Gewinnsteuern sind während der vergangenen Jahrzehnte entweder abgeschafft worden wie die Börsenumsatz- und Gewerbekapitalsteuer oder werden nicht mehr erhoben wie die Vermögensteuer. Dagegen wurde die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöht, die größte Steuerbelastung für die Armen.

Ulrich Bald, Hagen

Eine Farce

(E&W 7-8/2021, Seite 40 f.: „Widerstand gegen ‚Zwangsfortbildung‘“)

Ich mache zurzeit die in dem Artikel beschriebene Zwangsfortbildung. In meinem Fall bedeutet das, dass ich für zehn Fortbildungstage neun Tage meines Urlaubs opfern muss.

Diese Fortbildung ist eine Farce und sehr zeitaufwändig. Neben den 80 Unterrichtseinheiten (UE) Präsenzunterricht gibt es viele Aufgaben, die die 80 UE Selbstlernphase überschreiten. Dazu kommt noch das zeitintensive Portfolio, das nicht nur eine Reflexion über die Fortbildung ist, sondern zudem zusätzliche Aufgaben beinhaltet.

Mir wird eine UE mit rund 21 Euro brutto vergütet. Das bedeutet, dass ich 40 UE/Woche brauche, um ein einigermaßen angemessenes Monatsgehalt zu verdienen. Ich bin alleinerziehend mit drei Kindern. Wie soll man neben 40 UE/Woche noch eine so aufwändige Fortbildung bewerkstelligen? Um den Aufgaben der Fortbildung und des Portfolios nachkommen zu können, habe ich trotzdem meine UE auf 20 reduziert, was einen enormen Gehaltsverlust bedeutet.

Eine Fortbildung ist sicherlich sinnvoll, aber nicht in diesem Ausmaß. Außerdem sehe ich nicht den Mehrwert für meinen Unterricht. Viele Module der Fortbildung sind viel zu theoretisch und realitätsfern. In den Spezialkursen sitzen Teilnehmende, die nicht alphabetisiert sind, nicht lesen können, es nicht gewohnt sind zu reflektieren, noch nie in ihrem Leben gearbeitet haben. Wie soll ich mit solchen Teilnehmenden Mediation durchführen, digitale Tools einbeziehen und über Teammeetings sprechen?

Insofern widerspreche ich Herrn Christoph Sander, dem Pressesprecher des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), heftig. Natürlich gehören Fortbildungen in jedem Beruf dazu. Aber meines Erachtens rechtfertigen 21 Euro pro UE diesen Zeit- und Nervenaufwand nicht. Ich habe viele Kolleg*innen am Rande des Nervenzusammenbruchs erlebt, und auch ich sehe mich vor dem Kollaps.

Ich bitte euch als GEW: Sprecht dieses Problem beim BAMF und den entsprechenden Ministerien an. Ich bin gerade an einem Punkt, an dem ich diese Arbeit, die ich immer gern gemacht habe, nicht mehr machen möchte, weil ich mich nicht gesehen und überfordert fühle.

Nicole Weiß-Schadomsky, Bonn

Spiegelfechterei

(Gendersprache und diskriminierungssensible Sprache in der E&W)

An den Wellen von Zeitgeist und Zeitkritik fällt auf, wie sich besonders jetzt sozialkritische und engagierte Kreise und Personen um eine Genderisierung des deutschen Sprachgebrauchs und hierbei um die Verwendung von Sonderzeichen bemühen. Ihr Motiv ist augenscheinlich, angeregt von der Entscheidung der Duden-Redaktion, mehr Gerechtigkeit in die Welt zu bringen.

Ich schätze die Vielfältigkeit der Menschheit und die Buntheit der Menschen hoch. Dennoch lehne ich die irritierende und überwältigende Einführung von Sonderzeichen und Symbolismen in die deutsche Schriftsprache ab, da sie gleichsam einen Vorschriftscharakter annimmt. Denn sie konterkarieren den sich stetig entwickelnden Wandlungscharakter von Sprache, indem sie statt gewollter Emanzipation und Gleichstellung eine starre Zunahme an Technokratie und Bürokratie herbeibringen. Die Sonderzeichen queren das mühsam erworbene wie das mit dem Mutterhauch unbewusst eingesaugte Sprachgefühl. Wieso nicht – wie im richtigen Leben zwischen den Geschlechtern – ein kreatives Wechselspiel aus generischem Maskulinum und generischem Femininum anfangen?

Sprache ist der bewegliche Fluss des Weltverstehens und braucht die beharrliche soziale Denkpraxis, zweifellos auch im Zuge einer erforderlichen „Dekolonialisierung des Geistes“ und der Worte (schon seit den 1980ern unter anderen vom kenianischen Weltschriftsteller Ngugi Wa Thiong‘o angestoßen). Sprache braucht aber auch die Bewusstheltung historischer Wortrelikte und ihrer langsamen Metamorphosen im Einüben einer ihrer Geschichte verpflichteten Sprachtoleranz und Sprachfreiheit statt des billigen Ausweichens mit N-, M-, :-, *- oder anderen Worten. Die klare Benennung menschenverächtlicher Diskriminierung, Demütigung und Hetze, ihre harte Zurückweisung ist gefordert statt symbolistischer Spiegelfechterei. Die Menschenrechte und ihre vertiefte tatsächliche Praxis in jeder zwischenmenschlichen Situation sind wesentlich und da auch wahrlich emanzipativ, nicht die Inflation oberflächlicher Sonderzeichen oder Ersatzbuchstaben.

Thomas Friedrich, Ebern

Gewohnheiten hinterfragen

(E&W 9/2021, Seite 2: Wir sind Teil der Lösung“ und Seite 6 ff.: Schwerpunktthema „Klimawandel – was Kita, Schule und Uni dagegen tun können“)

Nach Lektüre der obigen Ausgabe zum Klimawandel ist mir wieder deutlich geworden, dass von der Erkenntnis hin zur Verhaltensänderung ein großer Schritt ist. Die Karikatur auf der Rückseite wirkt durch die Werbung von cts-reisen – wesentlicher Umfang der Zeitschrift – etwas deplatziert und inkonsequent.

Ich bin weiterhin an allen gesellschaftlichen Fragen interessiert, will die E&W aber gerne spenden, etwa für die Werbung junger KollegInnen. Die Transformation zu einer nachhaltigeren Lebensform verlangt, so manche Gewohnheiten zu hinterfragen. Dazu gehört meines Erachtens auch, die Bedeutung mancher Druck- und Werbeerzeugnisse auf den Prüfstand zu stellen und die Texte der E&W künftig online zu lesen.

Johannes Lakes, Berlin

>>>

>>> Achtet auf die Gesamtwirkung!

Ich habe mich sehr gefreut, das neue Magazin zum Thema Klimaschutz in Kita, Schule und Wissenschaft zu lesen. Aber wie kann es sein, dass ein Heft mit dem Schwerpunkt Klimaschutz Anzeigen zu Klassenfahrten nach Berlin mit dem Flugzeug enthält? Es sollte doch für innerdeutsche Klassenfahrten selbstverständlich sein, den Zug oder einen Fernreisebus zu benutzen? Wieso sollten Kinder in der Schule Müll trennen, wenn die Erwachsenen dann ohne Rücksicht innerdeutsche Flüge für Klassenfahrten buchen? Bitte achtet hier auf die Gesamtwirkung!

Corinna Balkow, Berlin

Klare Worte

Danke lieber Christopher Brinkmann!!! Ihr Kommentar hat mich davon abgehalten, nach 40 Jahren Mitgliedschaft aus der GEW auszutreten (auch um mehr Geld für die Klimaklagen-Patenschaft der Deutschen Umwelthilfe spenden zu können).

Ihre klare Positionierung zur Klimakatastrophe war das, was ich bei meiner Gewerkschaft vermisst habe. Ich hoffe, die GEW, wir alle, werden noch viel aktiver und stellen uns sichtbar gegen diese „Verbrechen“ an unseren Kindern. Danke auch für dieses klare Wort.

Gertrud Künzel, Unna

Gipfel der Ignoranz!

Dass die E&W oft Weiterbildung kaum in den Blick nimmt, fällt mir schon länger auf. Das Heft 9/2021 mit dem Untertitel „Was Kita, Schule und Uni dagegen tun können“ ist aber der Gipfel der Ignoranz! Sorry, wenn ich das so scharf sage, aber dass Erwachsenen-/Weiterbildung nicht mal ansatzweise mitgedacht wird, ist ein komplettes Unding und ein Rückfall in alte Zeiten. Es ist auch verheerend mit Blick auf den Klimawandel, wenn man meint, dass die Thematik allein durch Jugendbildung angegangen werden könnte. Wenn die Älteren/Erwachsenen nicht mitgenommen und animiert werden, sich dem Klimawandel zu stellen, wird das nichts! Es ist schlichtweg dumm, die Erwachsenen-/Weiterbildung beim Klimawandel nicht mitzudenken. Oder betreibt die GEW nur enge Klientelpolitik dort, wo die meisten ihrer Mitglieder arbeiten?

Bernd Käpplinger, Gießen

Paradigmenwechsel

(E&W 9/2021, Seite 22: „Mehr politische Bildung“)

Das ist eine geradezu weise Rückdrehung des Autors Benno Hafeneger von einem defenden „Nein – das wollen wir nicht“ zurück zu einem offenen „Ja – das wollen wir“.

Ein Paradigmenwechsel zurück ins Definierte und Gestaltbare, der zuvor durch eine Art „Defendismus(-Paradigma)“ in die Verengungsspirale und ins potenziell Absurde geführt wurde. Wie soll „etwas abgegrenzt“ werden, wenn „das Wesentliche“ nicht definiert ist und es vor allem auch (notfalls) nicht einklagbar bleibt? Das versteht doch jede studierte Lehrkraft und auch jedes Kind, meine ich. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat zur Bundestagswahl eine „U-18-Wahl“ organisiert und setzte damit einen Kontrapunkt dazu, dass Jugendliche zum Militär, aber noch nicht wählen gehen dürfen. Ich erinnere daran, dass Niedersachsen das einzige Bundesland war, das einst eine Landeszentrale für politische Bildung „einsparte“ und für nicht notwendig erachtete.

Mario Primavesi, Oldenburg

Diffamierende Karikatur

(E&W 9/2021, Seite 48: „Diesmal“)

Ich bedanke mich bei Ihrem Karikaturisten Thomas Plaßmann für die diffamierende Darstellung des Lehrers als Depp. Nicht genug damit, dass der Lehrerberuf oft und gern als super bezahlter Halbtagsjob mit jeder Menge Urlaub klassifiziert wird und Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) Lehrerinnen und Lehrer als „faule Säcke“ bezeichnen durfte.

Auch glaubt jeder, in unsere Arbeit hineinreden zu können, weil ja alle irgendwann schon einmal in der Schule waren – Eltern und Großeltern, Kinder und Jugendliche sowieso, Verantwortliche in der Politik.

Ist es jetzt soweit, dass man uns auch noch in unser Privatleben hineinredet?

Dürfen jetzt Schülerinnen und Schüler, indem sie mit Arbeitsverweigerung drohen, bestimmen, welche Art Auto wir fahren? Diese Idee ist anmaßend und übergriffig. Schließlich sagen wir den Eltern auch nicht: „So lang Sie Ihr Kind mit Tiguan, X3, Kodiaq etc. zur Schule und zu Fridays for Future bringen, macht hier niemand irgendwelchen Unterricht!“

Ich bin seit 39 Jahren Lehrerin, und es gibt inzwischen kaum einen Tag, an dem ich nicht irgendeine Respektlosigkeit gegenüber uns Lehrkräften erlebe. Da reiht sich diese Karikatur nahtlos ein.

Und wir sind (meist) mit Geduld, Verständnis und freundlich lächelnd bemüht, dies nicht persönlich zu nehmen, auch wenn der „Druck wächst“. Aber möglicherweise ist es genau das, was uns zum Deppen macht.

Es wundert mich ohnehin, dass noch keiner bemerkt hat, dass eigentlich der SUV fahrende Lehrer schuld ist am Klimawandel.Für den Weg zur Schule sollten wir uns vielleicht Lastenfahrräder zulegen, damit wir endlich auch lernen zu treten.

Übrigens erwarte ich von der Zeitung der Gewerkschaft, die eigentlich die Interessen der Lehrer vertreten sollte, dass sie dies auch tut, und nicht, dass sie uns von der Seite ins Knie schießt.

Das ist nicht witzig.

Mir jedenfalls ist das Lachen im Hals steckengeblieben.

Karin Platzer, Lichtentanne

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

www.schulorganisation.com
Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10
FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Ihre Anzeige in der E&W:
Tel. 0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de

VOGEL
FADEN
PLASTIKMAGEN

Foto: © Lehmann / Greenpeace
GREENPEACE
greenpeace.de/wellemachen

Was tun bei
ARTHROSE?
In ihrem Ratgeber „Arthrose-Info“ gibt die Deutsche Arthrose-Hilfe wertvolle Tipps zu allen Gelenken. Eine Sonderausgabe ist kostenlos erhältlich bei: Deutsche Arthrose-Hilfe, Postfach 110551, 60040 Frankfurt/M. (bitte gerne eine 0,80-€-Briefmarke für Rückporto beifügen) oder gerne per E-Mail an: service@arthrose.de.

Die Quintenzirkeluhr
und viele Lehrmittel am Puls der Zeit

UvdS DESIGN
UvdS-Design.com
info@UvdS-Design.com
webshop.uvds-design.com

Insel Rügen: Ferienwohnungen direkt am Wasser mit traumhaftem Seeblick, ruhig, sonnig, komfortabel
Fam. Jens: Tel. 038301 60289
www.alte-bootswerft.de

Foto: Arcolmages / Westend61
Spenden
statt Geschenke.

Ihre Feier hilft!
Wildtiere und Natur danken.
040 970 78 69-0
www.DeutscheWildtierStiftung.de/Spenden
DEUTSCHE WILDTIER STIFTUNG

TimeTEX
So leben
Lehrer/innen leichter
10,– € Gutschein
= 33 % Rabatt
Code: EW1455
Mindestbestellwert 30,– €
Gültig bis 30.11.2021
www.timetex.de/gutscheincode-ew1455

nur 5,45 €
Kürbis-Schnitzset, 6-tlg.
• 5-tlg. Werkzeug-Set zum Kürbisschnitzen
• sicherer als herkömmliche Küchenmesser
• bebilderte Broschüre enthält Anleitungen und 7 Vorlagen
Art. 95522-43

Großes Kreativ-Set
„Die Kinder dieser Welt“, 1.100-tlg.
• großes Projektset zum sofort Loslegen
• über 1000 Stück an kreativen Bastelmaterialien
• inklusive Tonpapier in verschiedenen Hauttönen
Art. 95559-43
nur 149,– €

nur 24,90 €
Gruppen-Bastelset Moosgummi groß, 914-tlg.
• Riesen-Set mit 914 Teilen
• inklusive Moosgummiplatten in 2 Größen
• 8 Packungen mit verschiedenen Moosgummi Objekten
Art. 95574-43

Preise per 10/2021 inkl. MwSt., zzgl. Versandpauschale 3,95 EUR, Planer + Hefte 2,50 EUR – bei Schulplanern ab 10 Stück portofrei.
-43 · 10/2021

www.timetex.de · TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH · Tel. 09442 92209-0 · Fax -66

Diesmal

Cartoon: Christiane Pfohlmann